Metallindustrie

Die IG Metall forderte eine tarifvertragliche Festschreibung des Vorrangs von Qualifizierungsmaßnahmen vor Entlassungen. Für die Dauer von Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, maximal für den Zeitraum von zwei Jahren, sollten die Beschäftigten Angehörige des Betriebes bleiben. Das Kurzarbeitergeld nach dem AFG sollte durch einen Ausgleichsbetrag in Höhe der Differenz zum Nettoeinkommen durch den Arbeitgeber aufgestockt werden. Nach dem Scheitern von Sondierungsgesprächen zwischen der IG Metall (West) und Gesamtmetall und der erfolglosen Beendigung zentraler Tarifverhandlungen für die gesamte Metallindustrie der DDR mußte die Lösung in den regionalen Tarifverhandlungen gefunden werden. Am 13. 7. wurde für Berlin/Brandenburg ein „Tarifvertrag über Kündigungsschutz und Qualifizierung bei Umstrukturierungsmaßnahmen" abgeschlossen, der dann auch für die übrigen Bereiche übernommen wurde. Er sieht u. a. vor:

- Kündigungen aufgrund dringender betrieblicher Erfordernisse können frühestens zum 30. 6. 1991 wirksam werden. Gekündigte Arbeitnehmer sollen bei späteren Neueinstellungen bis zum 31. 12. 1992 bevorzugt eingestellt werden.
- Der Arbeitgeber wird entsprechend der Zielsetzung des Tarifvertrages innerhalb dieses Zeitraums Kurzarbeit einführen und soll den davon betroffenen Arbeitnehmern für sie geeignete und zumutbare Maßnahmen der betrieblichen Qualifizierung im Betrieb oder außerhalb des Betriebes anbieten, insbesondere auch solche im Sinne der §§ 41 ff AFG.
- In diesen Fällen wird eine paritätisch besetzte Kommission gebildet, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Qualifizierungsmaßnahmen beratend mitwirkt.
- Die Tarifparteien bilden zur Unterstützung der gemeinsamen Initiative für die Metall- und Elektroindustrie eine Kommission für berufliche Qualifizierung, der je drei Vertreter beider Seiten angehören. Zu ihren Aufgaben gehört u. a. die Erfassung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten, die Feststellung von Bildungskapazitäten, die Ermittlung von Zielen und Inhalten der angestrebten Qualifizierungsmaßnahmen und die Erarbeitung von Empfehlungen zur Durchführung der Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiative.
- Das Unterhaltsgeld bei Qualifizierungsmaßnahmen und das Kurzarbeitergeld in Höhe von 63 bzw. 68 vH werden aufgestockt, so daß ein Nettoeinkommen in Höhe von 85 vH (für Beschäftigte ohne Kinder) bzw. 90 vH (mit Kindern) erreicht wird. Dieser Zuschuß wird bis längstens zum 31. 3. 1992 gezahlt.

Der Tarifvertrag endet ohne Nachwirkung am 30. 6. 1991.

Chemische Industrie

Für die chemische Industrie in der DDR haben IG Chemie, Glas, Keramik (DDR) und IG Chemie-Papier-Keramik einen Vorrang für Weiterbildung und Qualifizierung vereinbart. Bei Kurzarbeit erfolgt eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90 vH des Nettoeinkommens. Die Regelungen zum Rationalisierungsschutz aus dem bundesdeutschen Manteltarifvertrag für die Chemieindustrie wurden für die DDR übernommen. Sie umfassen die Bereiche Umschulung, Umsetzungen, Wiedereinstellung, Verdienstschutz und Abfindungen.

Energie- und Versorgungswirtschaft

Die IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft hat mit dem Verband energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmungen einen Tarifvertrag über Rationalisierungsschutz und Arbeitsplatzsicherung abgeschlossen, der seit dem 1. Juli in Kraft ist. Er sieht vor, daß bei Rationalisierungsmaßnahmen „der qualifikationsgerechte Wiedereinsatz des Arbeitnehmers (. . .) vorrangig zu sichern ist und die Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch betriebsbedingte Kündigung (. . .) erst nach Nutzung aller Möglichkeiten der Vermittlung eines Arbeitsplatzes, speziell (. . .) in der Energiewirtschaft, erfolgen" kann. Dazu sind bestimmte tarifliche Regelungen zur Sicherung eines zumutbaren Arbeitsplatzes und zu Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen vorgesehen. Für die Dauer von drei Jahren werden rationalisierungsbedingte Einkommensminderungen ausgeglichen.

Post

Bereits Ende März vereinbarte die Deutsche Postgewerkschaft (DDR) ein Rationalisierungsschutzabkommen, das folgende Bestimmungen enthält: Kündigungsschutz in Abhängigkeit von Lebensalter und Dienstjahren, Angebot zumutbarer anderer Arbeitsaufgaben bei Wegfall der bisherigen Arbeit, bei Bedarf Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen, Sicherung der Tarifgruppe bzw. des Durchschnittslohns bei Übernahme geringer bewerteter Arbeitsaufgaben ggf. durch Überbrückungsgeld.

Auch bei der Umsetzung der Rationalisierungsschutz- und Qualifizierungsabkommen blieb zunächst fraglich, wann und in welchem Umfang sie ihre angestrebte Wirkung praktisch entfalten können. Insbesondere durch Probleme beim Aufbau der DDR-Arbeitsverwaltung und der Initiierung systematischer und breit angelegter Qualifizierungsmaßnahmen ergaben sich Verzögerungen und Schwierigkeiten, deren Bewältigung Zeit kostet.

5.3 Weitere Entwicklungsperspektiven

Die meisten Gewerkschaften streben prinzipiell eine Übernahme der bundesdeutschen Tarif*strukturen* auch für die entsprechenden Tarifgebiete in der DDR an und haben darüber teilweise auch schon verbindliche Vereinbarungen getroffen. Gemeint ist damit zunächst vor allem die Übertragung der Entgeltstrukturen (Zahl und Differenzierung der Lohn-, Gehalts- bzw. Entgeltgruppen), der Verfahren der Arbeits- und Leistungsbewertung und der Struktur der zusätzlichen Einkommensbestandteile (Zuschläge). Das *Niveau* der bundesdeutschen Tarifleistungen soll schrittweise in einem noch festzulegenden Zeitraum erfolgen.

Im *Baugewerbe* (Bauhandwerk) wurden bereits die Lohn- und Gehaltsgruppen und ihre Definitionen den entsprechenden Bestimmungen aus dem bundesdeutschen Manteltarifvertrag angepaßt. In der *Metallindustrie* wurde vereinbart, daß die Einzelheiten der Strukturübernahme und ihrer Umsetzung bis zum 30. 9. 1990 geklärt werden sollen und die entsprechenden Tarifverträge zum 1. 4. 1991 wirksam werden. In der *Chemieindustrie* verfolgen die Gewerkschaften das Ziel, bis zum 1. Januar den Tarifvertrag für die DDR nach den Entgeltstrukturen des bundesdeutschen Entgelttarifvertrages aufzubauen.

Was sich auf den ersten Blick positiv ausnimmt, ist allerdings nicht ohne Probleme: Zunächst bedeutet diese Übernahme, daß auch sämtliche Fehlentwicklungen und Defizite der bundesdeutschen Tarifstrukturen übertragen werden, die von den DGB-Gewerkschaften teilweise schon seit langen Jahren kritisiert, aber noch nicht tarifvertraglich beseitigt werden konnten. Zu denken ist etwa an die obsolete, aber gleichwohl noch dominierende Unterscheidung zwischen Lohn- und Gehaltsgruppen, die Anwendung strikt anforderungsbezogener Arbeitsbewertungssysteme u. a. m. In dem Zusammenhang ist zu befürchten, daß der Prozeß der Reform dieser und anderer Strukturelemente des westdeutschen Tarifsystems durch die zeit- und kraftraubende Integration der DDR in dieses System gebremst wird. Unklar ist außerdem, wie die Niveauanpassung genau vonstatten gehen soll.

Schon jetzt zeichnet sich in einigen grenznahen Bereichen ab, daß die großen Unterschiede zwischen west- und ostdeutschem Tarifniveau erhebliche soziale und ökonomische Probleme aufwerfen. Ein drastisches Beispiel ist der Großraum Berlin, wo wenige Kilometer voneinander entfernt arbeitende Beschäftigte für ein- und dieselbe Tätigkeit Vergütungen im Verhältnis 1 : 3 erhalten können[35]). Entsprechend versuchen einige Gewerkschaften für Ostberlin höhere Lohn- und Gehaltssätze zu vereinbaren. Eine starke regionale Niveau-Differenzierung innerhalb des Gebietes der jetzigen DDR wirft selbst wiederum Probleme auf. Und wenn sie nicht tariflich vereinbart wird, sich aber faktisch durchsetzt, kann es zwangsläufig zu einer ausgeprägten regionalspezifischen Lohndrift kommen.

[35]) Im Extremfall handelt es sich um ArbeitnehmerInnen, die im selben Unternehmen, vielleicht sogar in derselben Abteilung arbeiten, dann nämlich, wenn bundesdeutsche Beschäftigte in einem DDR-Betrieb zu westdeutschen Konditionen arbeiten.

Die Früchte in einem reichen Land werden immer ungleicher verteilt

– Zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1989 –

Von Claus Schäfer*)**)

1. Die gesamtwirtschaftliche Verteilungsentwicklung

Mit mehr oder weniger unveränderter Dynamik nahm das schon 1988 kräftig gestiegene Sozialprodukt 1989 noch einmal zu – nominal leicht stärker (+ 6,0 vH) und real leicht schwächer (3,4 vH) als im Vorjahr (5,2 bzw. 3,7 vH). Und wieder entwickelten sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen deutlich besser als die aus unselbständiger Arbeit. Erstere wuchsen brutto um 9,5 vH und netto um 8,0 vH (im Vorjahr jeweils 8,5 vH); letztere nahmen brutto um 4,4 vH, pro Kopf lediglich um 2,9 vH zu (Vorjahr 3,8 bzw. 3,0 vH). Die Lohnquote bzw. der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen sank erneut und beträgt nun 62,9 vH in ihrer strukturbereinigten, d. h. Änderungen bei der Zusammensetzung der Erwerbstätigen neutralisierenden Form[1]) (vgl. *Tabelle 1*). Zu dieser Ungleichentwicklung

*) Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Referent im WSI, Düsseldorf.

**) Der Autor dankt *R. Görlich* und *Chr. Ochs* aus dem Bereich WSI-Statistik für Pflege und Auswertung des Verdienststatistik-Programms und insbesondere *Rudolf Görlich* für mehrere einkommensstatistische Einzelberechnungen.

[1]) Eine unbereinigte Lohnquote würde den langfristigen Trend der Strukturveränderung innerhalb der Erwerbsbevölkerung, d. h. die ständige Zunahme der Arbeitnehmer bzw. abhängig Beschäftigten einerseits und die Abnahme der Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienmitglieder andererseits vernachlässigen und schiefe Eindrücke über die „Wohlfahrtsverteilung" vermitteln: Denn z. B. eine steigende unbereinigte Lohnquote würde zunehmenden Wohlstand der Arbeitnehmer anzeigen, obwohl gleichzeitig die Zahl der Arbeitnehmer steigt und der Lohnquotenanstieg möglicherweise allein darauf zurückzuführen wäre. Oder eine sinkende unbereinigte Lohnquote würde die Abnahme des Wohlstands unterschätzen, weil bei gleichzeitig steigen-

haben wiederum der Produktivitätszuwachs (2,0 vH gegenüber 2,9 vH im Vorjahr) sowie das im Vergleich zur jüngsten Vergangenheit sehr deutlich angestiegene Preisniveau (2,5 vH gegenüber 1,0 vH 1988) beigetragen, obwohl neben der Abschwächung des Produktivitätswachstums erstmals seit 1984 die sogenannten terms-of-trade wieder negativ waren, d. h. die bundesdeutschen Unternehmen durch eine stärkere Einfuhrpreis- als Ausfuhrpreiserhöhung an Verteilungsspielraum verloren.

Tabelle 1

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1988
Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) in vH

Jahr	Bruttolohnquote[1] tatsächlich	Bruttolohnquote[1] strukturbereinigt[2] vor[5]	Bruttolohnquote[1] strukturbereinigt[2] nach[5]	Arbeitnehmerquote[3] vor[5]	Arbeitnehmerquote[3] nach[5]
1960	60,1	65,0	–	77,2	–
1965	65,3	67,3	–	80,9	–
1970	68,0	68,0	–	83,4	–
1975	73,1	71,5	70,8	85,3	86,0
1980	73,5	70,0	69,4	87,4	88,3
1981	74,4	70,8	70,1	87,5	88,4
1982	73,8	70,1	69,6	87,3	88,5
1983	71,6	68,7	67,2	87,1	88,4
1984	70,3	67,5	66,2	87,1	88,5
1985	69,8	66,7	65,7	87,2	88,6
1986	69,0	65,9	64,9	87,4	88,7
1987[4]	69,2	65,7	64,9	87,5	88,9
1988	68,2	64,8	63,9	87,6	89,0
1989	67,2	–	62,9	–	89,1

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. – 2) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigungsstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 (83,4 vH) wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 3) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen. – 4) Ab 1987 vorläufiges Ergebnis. – 5) Vor bzw. nach der Revision der Erwerbstätigenstatistik aufgrund der Volkszählungsergebnisse von 1987 durch das Statistische Bundesamt 1990.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Vorbericht 1989). – Berechnungen des WSI.

Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliches Brutto- und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
(ohne Staat)

Jahr	Bruttoeinkommen Mill. DM	Bruttoeinkommen Veränderung (vH)	Nettoeinkommen Mill. DM	Nettoeinkommen Veränderung (vH)
1975	220 700	4,5	174 980	7,1
1980	315 990	– 1,0	253 900	0,4
1981	319 010	1,0	259 980	2,4
1982	334 830	5,0	273 190	5,1
1983	384 690	14,9	324 660	18,8
1984	424 640	10,4	360 760	11,1
1985	449 560	5,9	377 750	4,7
1986	491 410	9,3	418 130	10,7
1987	513 670	4,5	445 380	6,5
1988	565 040	10,0	491 000	10,2
1989	603 810	6,9	515 930	5,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Vorbericht 1989). – Berechnungen des WSI.

Tabelle 3

Unternehmensgewinne und direkte Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit

Jahr	Unternehmensgewinne Mill. DM	Unternehmensgewinne Veränderung (vH)	Direkte Steuern Mill. DM	Netto-Unternehmensgewinne Mill. DM	Netto-Unternehmensgewinne Veränderung (vH)	Durchschnittl. Steuersatz vH
1980	68 270	–	26 380	41 890	–	38,6
1981	73 460	7,6	25 660	47 800	14,1	34,9
1982	82 320	12,1	27 140	55 180	15,4	33,0
1983	98 210	19,3	29 610	68 600	24,3	30,1
1984	110 550	12,6	34 460	76 090	10,9	31,2
1985	117 650	6,4	39 230	78 420	3,1	33,3
1986	118 700	0,9	38 800	79 900	1,9	32,7
1987	121 290	2,2	34 500	86 790	8,6	28,4
1988	132 050	8,9	37 640	94 410	5,0	28,5
1989	143 950[1]	9,0[1]	43 270	100 680	6,6	30,1

1) Schätzungen des WSI auf Basis erster vorläufiger Angaben des WSI-Unternehmensarchivs.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Vorbericht 1989). – Berechnungen und Schätzungen des WSI.

Auch beim Netto-Vergleich ist der Vorsprung in der Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen vor dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit immer noch beachtlich, obwohl 1989 entgegen den Vorjahren die Nettoeinkommen der Wirtschaft nicht mehr stärker stiegen als die Bruttoeinkommen (vgl. *Tabelle 2 und 3*). Dies scheint nur ein Jahr nach einer weiteren „Steuerreform" zugunsten oberer Einkommen zunächst verwunderlich, ist aber überwiegend mit einigen Sonderfaktoren zu erklären (wie etwa der 1989 im ersten Halbjahr zu zahlenden und dann aufgehobenen Quellensteuer auf Vermögenseinkommen, starken Vorauszahlungsanpassungen bei Veranlagungssteuern aufgrund gestiegener Gewinne und hohen Abschlußzahlungen insbesondere bei der Körperschaftsteuer aus zurückliegenden Veranlagungszeiträumen[2]). Bei den Arbeitnehmern mit überwiegend unteren und mittleren Einkommen werden dagegen die ohnehin bescheidenen Entlastungseffekte der Steuerreform in 1988 ein Jahr später bereits durch die im Zuge steigender Einkommen wirksam werdende Steuerprogression wieder überkompensiert[3]) (vgl. *Tabelle 4*): Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Arbeitseinkommen ist 1989 mit 18,9 vH sogar die höchste in den 80er Jahren und bedeutet zusammen mit der ebenfalls im Jahrzehnt höchsten durchschnittlichen Sozialabgabenlast von 15,0 vH eine gesamte Abgabenbelastung in Höhe von 33,9 vH, das sind 4,5 vH mehr als 1980. Entsprechend bescheiden nahmen die durchschnittlichen Arbeitseinkommen 1989 netto um lediglich 2,0 vH zu. Da aber gleichzeitig die Preise kräftig gestiegen sind, nicht zuletzt auch wegen Erhöhungen bei einigen Verbrauchsteuern[4]), ist wieder (nach zuletzt 1985) eine absolute reale Verschlechterung der Einkommenslage eingetreten (um - 0,8 vH).

Noch wesentlich interessanter als die – auch noch mit einigen Vorläufigkeiten und Schätzunsicherheiten behafteten – Veränderungen in der Einkommensverteilung von 1988 auf 1989 sind die Auswirkungen geänderter Rahmendaten in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf Niveau und Verlauf der globalen Einkommensentwicklung seit 1970: Im Frühjahr 1990 wurde vom *Statistischen Bundesamt* die Erwerbstätigenstatistik grundlegend revidiert, weil die inzwischen aufgearbeiteten Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung von 1987 eingearbeitet werden mußten – und zwar mit rückwirkenden Konsequenzen bis zum Jahr 1971[5]). Im wesentlichen hat die Volkszählung ergeben, daß die Erwerbstätigenzahl seit 1971 unterschätzt wurde, in den letzten Jahren sogar um rund 1,1 Mill. Personen oder rund 4 vH der ursprünglichen Ausgangswerte, so daß für 1989 27,623 Mill. Erwerbstätige statt bisher vermuteten 26,417 Mill. unterstellt werden können. Die Volkszählung hat auch eine seit 1971 andere Verteilung der Erwerbstätigen auf Selbständige (und mithelfende Familienangehörige) sowie auf abhängig Beschäftigte erbracht; die Gesamtzahl ersterer wurde im Niveau (zuletzt um rund 7 vH oder 0,24 Mill. Personen) überschätzt, letzterer unterschätzt (in den letzten Jahren um rund 6 vH oder etwa 1,4 Mill. Personen). Statt vor der Revision 3,253 Mill. Selbständige und 23,264 Mill. Abhängige werden jetzt für 1989 3,016 Mill. Selbständige und 24,713 Mill. abhängige Erwerbstätige gezählt; hinzu kommen 2,038 Mill. registrierte Arbeitslose.

Verteilungspolitisch aber bedeutet dies, daß sich in der Vergangenheit de facto mehr Arbeitnehmer als bisher von der amtlichen Statistik ausgewiesen ein gegebenes Einkommen aus unselbständiger Arbeit teilen mußten. Umgekehrtes gilt für die Selbständigen: Weniger von ihnen als bislang vermutet mußten sich ein gegebenes Einkommen aus Unternehmertätigkeit teilen. Mit anderen Worten: Die bis 1971 rückwirkend neu zu berechnende bereinigte Lohnquote fällt niedriger aus als zuvor – und zwar um rund 1 vH Ende der achtziger Jahre. Dadurch wird auch ein „historisches Datum" in der Verteilungsentwicklung vorverlegt: Mußte man vor der Revision der Erwerbstätigenstatistik annehmen, daß 1988 mit 64,8 vH die bis dahin niedrigste strukturbereinigte Lohnquote in der Geschichte der Bundesrepublik von 65,0 vH aus dem Jahr 1960 unterschritten wurde, so liegt jetzt dieses Ereignis mit 64,9 vH bereits zwei Jahre früher in 1986. Vom ursprünglichen historischen Tief in 1960 ist die bereinigte Lohnquote 1989 also nicht mehr „nur" 0,2 vH, sondern 2,1 vH entfernt (vgl. *Tabelle 1* und die Unterschiede in den Angaben vor und nach Revision der Erwerbstätigenstatistik). Es ist zwar nicht auszuschließen, daß im Zuge der für 1991 vom *Statistischen Bundesamt* angekündigten VGR-Revision auch die globalen Einkommensaggregate, möglicherweise auch wegen der Volkszählung, geändert werden; aber nach allen vorhandenen Plausibilitäten und

Gliederung

1. **Die gesamtwirtschaftliche Verteilungsentwicklung**
2. **Individuelle Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit**
   2.1 . . . außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses
   2.2 . . . innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses
3. **Haushaltseinkommen aller sozialen Gruppen**
4. **Einkommens„arme" Personen und Haushalte**
   4.1 Arbeitslosengeld und -hilfe
   4.2 Sozialhilfe
5. **Einkommens- und Verteilungspolitik als Herausforderung der neunziger Jahre**

den Arbeitnehmerzahlen die Abnahme pro Kopf viel schärfer ausfällt. Um diese möglichen Verzerrungen auszuschließen, wird bei der bereinigten Lohnquote die Arbeitnehmerquote an den Erwerbstätigen konstant gehalten (auf der Basis von 1970). Es bleiben allerdings weitere Interpretationsprobleme der Lohnquote bestehen.

[2]) Zu diesen Sonderfaktoren vgl. z. B. *Körner, J.*, Steueraufkommen 1989/90: Auf Steuerflut folgt Steuerflaute, in: Ifo-Schnelldienst 31/1989, S. 21 ff., hier Seite 25, sowie *Schütz, H.*, Öffentliche Finanzen 1989, in: Wirtschaft und Statistik 4/1990, S. 286 ff., hier Seite 289 f.

[3]) Dies wird auch vom Statistischen Bundesamt und anderen so gesehen: Vgl. z. B. *Lützel, H.* und Mitarbeiter, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1989 – vorläufiges Ergebnis, in: Wirtschaft und Statistik 3/1990, S. 158 ff., hier Seite 172, und *Körner, J.*, a. a. O., S. 20: „Knapp die Hälfte des Lohnsteuerzuwachses beruht auf direkten und indirekten Progressionswirkungen."

[4]) Neu eingeführt wurde eine Erdgassteuer, während bei Mineralöl-, Tabak-, Kfz- und Versicherungssteuer die Steuersätze angehoben wurden.

[5]) Vgl. dazu im einzelnen *Schoer, K., Hanefeld, U.*, Erwerbstätige 1970–1989 – Revision der durchschnittlichen Erwerbstätigenzahlen, in: Wirtschaft und Statistik 4/1990, S. 245 ff.

Tabelle 4

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen im Monat

Jahr	Durchschnittliche Tariflohn-/gehaltserhöhungen[1] vH	Preise[2] (Veränderung) vH	Abzüge[3] Lohnsteuer vH	Abzüge[3] Sozialabgaben vH	Abzüge[3] Gesamte Abzüge vH	Durchschnittliche Arbeitseinkommen[4] Brutto DM	Brutto Veränderung vH	Netto DM	Netto Veränderung vH	Reale Veränderung (netto) nach[5] vH	Reale Veränderung (netto) vor[5] vH
1980	6,7	+ 5,2	16,2	13,2	29,4	2 407	+ 6,4	1 699	+ 4,9	– 0,3	– 0,1
1981	4,8	+ 6,4	16,2	13,5	29,7	2 508	+ 4,2	1 763	+ 3,8	– 2,4	– 1,7
1982	4,1	+ 5,2	16,6	13,9	30,5	2 590	+ 3,3	1 801	+ 2,1	– 3,0	– 2,4
1983	3,1	+ 3,3	17,0	14,1	31,2	2 668	+ 3,0	1 837	+ 2,0	– 1,3	– 1,0
1984	3,3	+ 2,3	17,5	14,4	32,0	2 746	+ 2,9	1 868	+ 1,7	– 0,6	– 0,6
1985	2,8	+ 2,0	18,2	14,7	32,9	2 824	+ 2,8	1 896	+ 1,5	– 0,5	– 0,5
1986	3,6	– 0,2	17,8	14,8	32,6	2 922	+ 3,5	1 968	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,3
1987	3,4	+ 0,1	18,6	14,8	33,4	3 009	+ 3,0	2 004	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8
1988	2,9	+ 1,1	18,2	15,0	33,2	3 099	+ 3,0	2 070	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,3
1989	2,7	+ 2,9	18,9	15,0	33,9	3 192	+ 3,0	2 111	+ 2,0	– 0,8	(– 0,8)

1) Erhöhung ohne Einbeziehung der Zusatzleistungen. – 2) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 3) Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 4) Brutto- bzw. Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer. – 5) Vor bzw. nach der Revision der Erwerbstätigenstatistik aufgrund der Volkszählungsergebnisse von 1987 durch das Statistische Bundesamt 1990.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Vorbericht 1989). – WSI-Tarifarchiv und Berechnungen des WSI.

Indizien ist kaum anzunehmen, daß das Ausmaß solcher Änderungen den hier beschriebenen Rückgang der bereinigten Lohnquote egalisieren kann.

Daß es sich hier nicht nur um einen statistisch-methodischen Reflex, sondern auch um eine wesentliche Verschärfung ohnehin vorhandener verteilungspolitischer Fehlentwicklungen handelt, wird bei den Auswirkungen der Revision der Erwerbstätigenstatistik auf die durchschnittlichen Arbeitseinkommen deutlich, wie sie in *Tabelle 4* bereits auf der Basis der Revision ausgewiesen sind. Im Vergleich zu den im WSI-Verteilungsbericht des Vorjahres angegebenen Werten sind die durchschnittlichen monatlichen Arbeitseinkommen je Kopf niedriger, und zwar brutto um rund 100 DM Anfang der achtziger Jahre bzw. rund 200 DM Ende der achtziger Jahre oder um 4 bzw. 6 vH des ursprünglichen Einkommensniveaus. Bei den durchschnittlichen Nettoarbeitseinkommen beträgt die Niveauverminderung absolut 65 bzw. 130 DM monatlich, das sind ebenfalls 4 bzw. 6 vH des ursprünglichen Niveaus. Die entsprechenden Effekte schlagen sich in einer insgesamt schlechteren Lage der Arbeitnehmereinkommen nieder als bisher angenommen (vgl. die letzten beiden Spalten in *Tabelle 4*): Belief sich vor der Revision die kumulierte reale Veränderung der durchschnittlichen Arbeitseinkommen pro Kopf von 1980 bis 1989 auf äußerst bescheidene + 1,3 vH, so sind es nach der Revision – 1,0 vH, d. h. knapp 2,5 vH schlechter als früher ausgewiesen.

Dagegen haben die gesamtwirtschaftlichen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat) seit 1980 netto um rund 103 vH zugenommen, die real (nach Abzug der Preisentwicklung für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Haushalts mit höherem Einkommen) immer noch einen Zuwachs von rund 75,0 vH bedeuten. Auch weitere Kennziffern, insbesondere zur Renditenentwicklung der bundesdeutschen Unternehmen, belegen, daß die Gewinn- und Ertragssituation sich in den letzten Jahren geradezu explosiv verbessert hat und inzwischen auf einem extrem hohen Niveau angelangt ist[6]). Gewinn- und Ertragseinbußen in den siebziger Jahren zu Anfang der nach wie vor andauernden Arbeitsmarktkrise sind schon lange wettgemacht, müssen aber teilweise immer noch – neben der unzutreffenden Behauptung von besseren steuerlichen Rahmenbedingungen in Konkurrenzländern – dazu herhalten, weitere Steuererleichterungen zugunsten der Unternehmen zu fordern bzw. zu versprechen.

Möglicherweise unterbleibt wenigstens *diese* verteilungspolitische Farce, wenn auch nicht aus Einsicht, so doch wegen der zu erwartenden Kosten und Haushaltslücken durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die dritte Stufe der mit ähnlich fragwürdigen Argumenten begründeten sogenannten „Jahrhundert-Steuerreform" ist dagegen schon Anfang 1990 eingetreten. Sie wird erneut dazu beitragen, daß die Nettoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit noch stärker als bisher den Arbeitseinkommen davonlaufen. Und sie wird auch den vor 1989 zu beobachtenden Trend wiederherstellen, nach dem die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen netto stärker steigen als brutto – im Zusammenwirken mit den 1990 entfallenden Sonderfaktoren bei den Gewinnsteuern (s. o.), die 1989 diesen Trend überkompensiert haben. Zwar werden die Arbeitseinkommen netto auch real wieder steigen, aber angesichts der ähnlich hohen Preissteigerungen wie 1989 wird dieser reale Zuwachs mehr auf die steigenden, im wesentlichen tariflich bedingten Bruttoeinkommen und weniger auf Steuerentlastungseffekte zurückzuführen sein. Ab dem Tag der Vereinigung der beiden deutschen Staaten allerdings wird ein weiterer schwerwiegender Ungleichgewichtsfaktor die Verteilungsschieflage „bereichern": das erhebliche regionale und wahrscheinlich auf Jahre anhaltende Gefälle bei fast allen Einkommensarten zwischen den (dann ehemaligen) BRD- und DDR-Gebieten.

2. Individuelle Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit

2.1 . . . außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses

Im folgenden werden die Einkommen aus abhängiger Arbeit näher betrachtet. Auch innerhalb dieser Einkommenskategorie sind zunehmend Diskrepanzen feststellbar, die sich immer weniger nur auf die schon „klassischen" Unterschiede zwischen unteren und oberen Einkommen, Arbeiter- und Angestellten-Einkommen, Männer- und Frauen-Einkommen beziehen. Eine immer größere Qualität gewinnen auch Einkommensdifferenzen zwischen den mehrheitlich im sogenannten *Normalarbeitsverhältnis* stehenden Personen, das im wesentlichen ein unbefristetes *Vollzeit*-Beschäftigungsverhältnis ist, und jenen Personen, die aus dem Normalarbeitsverhältnis herausgefallen oder auch nie hineingekommen sind. Letztere sind Personen, die Teilzeitarbeit verrichten, Leiharbeitnehmer, befristet Beschäftigte, Personen, die in Heimarbeit stehen, die als sogenannte unechte Selbständige (z. B. unter den Franchise-Nehmern) de facto Abhängige sind, und andere mehr. Diese teilweise sehr unterschiedlich zusammengesetzte Gruppe wächst ständig und hat auch durch ihre „Entdeckung" im Rahmen der Volkszählung 1987 teilweise zu der oben erwähnten Revision der Erwerbstätigenstatistik beigetragen.

Allein die Zahl der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ist von rund 0,8 Mill. Personen 1960 über rund 2,0 Mill. Personen 1970 auf 3,34 Mill. bzw. 3,11 Mill. Personen 1988 (entsprechend zwei unterschiedlichen Erfassungskonzepten im Rahmen des Mikrozensus und der angekoppelten EG-Stichprobenerhebung) gestiegen; das sind zuletzt 13,9 bzw. 12,9 vH aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen[7]). Darunter sind, wie in der Vergangenheit, die allermeisten Personen Frauen (rund 90 vH), womit Teilzeitbeschäftigung und damit niedrigere als „normale" Einkommen in der Regel ein Frauenproblem sind. Die Bedeutung des frauenspezifischen Problems ergibt sich auch daraus, daß 1988 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt fast jede dritte überhaupt abhängig beschäftigte Frau eine Teilzeitbeschäftigte gewesen ist. In einzelnen Wirtschaftsbereichen ist 1988 der Anteil der Teilzeitbeschäftigten generell und entsprechend der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an der jeweiligen Gesamtbeschäftigung sogar deutlich höher: im Handel sogar 23,5 vH (Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung) und 37,9 vH (Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an allen beschäftigten Frauen). Teilweise sind die Bereiche mit *über*durchschnittlichen Teilzeitquoten an der Beschäftigung auch solche mit *unter*durchschnittlichen „Normal-Einkommen", also besonders niedrigen „Teilzeit-Einkommen". Die mit der Teilzeit verbundene Einkommensproblematik wird besonders scharf gezeichnet durch die Tatsache, daß von allen Teilzeitbeschäftigten wie von den teilzeitbeschäftigten Frauen 1988 rund ein Drittel sogenannte geringverdienende Personen unterhalb der Sozialversicherungs-Pflichtgrenze waren (mit weniger als 15 Wochenstunden bzw. bis zu 450 DM Monatsverdienst).

Nach einer Sondererhebung im Auftrag des BMA muß allerdings die Zahl der geringverdienenden Personen bzw. das Ausmaß *geringfügiger Beschäftigung* auf weit mehr als 1 Mill., nämlich mindestens 2,3 Mill. (1987), veranschlagt werden (selbst wenn 0,5 Mill. Fälle von sogenannter Nebentätigkeit unberücksichtigt bleiben[8]). Die Zahl der in *Leiharbeit* Beschäftigten wird für 1989 an einem Stichtag auf mindestens 0,1 Mill. Personen veranschlagt, die Häufigkeit der Leiharbeitsverhältnisse pro Jahr angesichts ihrer relativ kurzen Dauer allerdings auf 0,3 Mill., so daß die effektiv beteiligte Personenzahl dazwischen liegen muß. Der Umfang der *befristeten Beschäftigungsverhältnisse* kann nach einer anderen Untersuchung für 1987/88 auf ca. 1,8 Mill. beziffert werden[9]). *Heimarbeitsverhältnisse* bestanden 1989 für rund 0,15 Mill. Personen.

Eine bloße Addition der genannten Gruppen (Heimarbeit, Teilzeitarbeit im engeren Sinn, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, befristete Beschäftigung) auf selbst nur *ungefähr* 6 Mill. Personen ist allerdings nicht möglich[10]). Denn insgesamt ist der Umfang der nicht in (unbefristeten) Normalarbeitsverhältnissen Stehenden noch unscharf – wegen Überschneidungen ihrer Teilgruppen, wegen fließender Übergänge zum Status der Selbständigen (z. B. Franchise-Nehmer). Und noch weniger befriedigende Informationen liegen über die Einkommensverhältnisse dieser Gruppen vor. Vorerst müssen sich deshalb die Angaben zu den individuellen Arbeitseinkommen auf die Vollzeitbeschäftigten konzentrieren.

2.2 . . . innerhalb des Normalarbeitszeitverhältnisses

Aufgrund ihrer großen Zahl dominieren die Vollzeitbeschäftigten mit ihren Einkommen immer noch die Gesamtentwicklung der Arbeitseinkommen: Wenn 1989 der Zuwachs der durchschnittlichen Brutto-Arbeitseinkommen pro Kopf der abhängig Beschäftigten mit 3,0 vH die Tariflohnerhöhungen um die „Lohndrift" von 0,3 vH überstieg *(s. Tabelle 4)*, so lag das im wesentlichen an den Vollzeiteinkommen und ihren Komponenten (vor allem Mehrarbeitsverdienste, nicht-tarifliche Zulagen und Sonderzahlungen), die den dämpfenden Effekt der wieder gestiegenen Teilzeitarbeit auf den gesamten Einkommensanstieg überkompensiert haben. Hinter dem globalen Zuwachs der Vollzeiteinkommen verbergen sich allerdings sektoren- und branchenmäßige, regionale, qualifikations- und geschlechtsbedingte und andere differenzierte Entwicklungen. Sie können aber ausführlich nur für die Sektoren Industrie und Handel sowie teilweise auch Kreditgewerbe und Versicherungen dargestellt werden, in denen die Vollzeiteinkommen 1989 insgesamt brutto um knapp 4 vH zugenommen haben[11]). Diese im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt überproportionale Zunahme schlägt sich auch netto real nach Abzug von Abgaben und Preissteigerungen nieder: Der *Einkommensrückgang* ist mit - 0,3 vH

[6]) Vgl. die mit unterschiedlichen Methoden, aber im Prinzip zu gleichen Ergebnissen kommenden Veröffentlichungen von *Scheibe-Lange, I.*, Entwicklung der Kapitalrentabilität der bundesdeutschen Unternehmen seit 1960: Rekordrentabilität in den Jahren 1987–1989!, in: WSI-Mitteilungen 4/1990, S. 246 ff. sowie *Görgens, H.*, Gewinnexplosion seit 1983 – Zur Entwicklung von Gewinnen und Kapitalrentabilität in der Bundesrepublik Deutschland, ebenda 3/1990, S. 146 ff. Vgl. zur sehr guten Gewinn- und Liquiditätsentwicklung der bundesdeutschen Unternehmen auch *Deutsche Bundesbank*, Einkommen und Einkommensverwendung der Produktionsunternehmen seit Anfang der achtziger Jahre, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/1990, S. 13 ff.

[7]) Vgl. zu den Dimensionen, Erfassungskonzepten und Abgrenzungsschwierigkeiten der Teilzeitarbeit im einzelnen *Brinkmann, C., Kohler, H.*, Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/1990, S. 472 ff.

[8]) Vgl. *Friedrich, W.*, Sozialversicherungsfreie Beschäftigung, Forschungsbericht Nr. 181 des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1989.

[9]) Vgl. *Büchtemann, C.*, Befristete Arbeitsverträge nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz, Forschungsbericht Nr. 183 des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1989.

[10]) Zu einigen weiteren Informationen über diese Gruppen und zur kritischen Auseinandersetzung mit den beiden oben genannten Gutachten des BMA vgl. auch *Adamy, W., Bosch, G.*, Arbeitsmarkt, in: Kittner, M. (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1990, Frankfurt 1990, S. 280 ff.

[11]) Für die Einkommen in den restlichen großen Produktionssektoren Öffentlicher Dienst sowie Land- und Forstwirtschaft ist nur die Angabe der tariflichen Erhöhung möglich. Siehe dazu Fußnote 12 sowie *Statistisches Bundesamt*, Fachserie 16, Reihe 4.3 (Index der Tariflöhne und Gehälter).

Tabelle 5

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
Vollzeitbeschäftigte Arbeiter
(ohne Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)

Industriezweig	Monatlich in DM				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real [1]	
	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988	1989
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 759	3 876	2 511	2 562	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,4	– 0,8
Bergbau	3 481	3 554	2 325	2 350	+ 6,0	+ 2,1	+ 5,1	– 1,8
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	3 398	3 541	2 270	2 341	+ 4,6	+ 4,2	+ 3,7	+ 0,2
Eisenschaffende Industrie	3 494	3 576	2 334	2 364	+ 7,3	+ 2,4	+ 6,5	– 1,5
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	3 381	3 589	2 258	2 373	+ 7,6	+ 6,2	+ 6,7	+ 2,1
Ziehereien und Kaltwalzwerke	3 389	3 498	2 264	2 313	+ 6,4	+ 3,2	+ 5,6	– 0,7
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	3 420	3 546	2 284	2 344	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,3	– 0,3
Mineralölverarbeitung	4 315	4 406	2 882	2 913	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,9	– 1,8
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 667	3 741	2 450	2 473	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,4	– 1,9
Herstellung von Chemiefasern	3 520	3 598	2 351	2 379	+ 3,9	+ 2,2	+ 3,0	– 1,7
Holzbearbeitung	3 046	3 146	2 035	2 080	+ 4,3	+ 3,3	+ 3,5	– 0,7
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	3 806	3 819	2 543	2 525	+ 7,1	+ 0,3	+ 6,2	– 3,5
Gummiverarbeitung,Verarbeitung von Asbest	3 402	3 498	2 273	2 313	+ 4,5	+ 2,8	+ 3,7	– 1,1
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 550	3 720	2 371	2 459	+ 2,8	+ 4,8	+ 2,0	+ 0,8
Maschinenbau, Lokomotivbau	3 446	3 615	2 302	2 390	+ 4,1	+ 4,9	+ 3,2	+ 0,9
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 654	3 811	2 441	2 519	+-2,9	+ 4,3	+ 2,1	+ 0,3
Schiffbau	3 641	3 819	2 432	2 525	+ 8,4	+ 4,9	+ 7,5	+ 0,9
Luft- und Raumfahrzeugbau	3 572	3 746	2 386	2 476	+ 1,1	+ 4,9	+ 0,3	+ 0,9
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 233	3 350	2 159	2 215	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,1	– 0,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	3 107	3 242	2 075	2 143	+ 3,3	+ 4,3	+ 2,5	+ 0,4
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	3 172	3 298	2 119	2 180	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,2	+ 0,0
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3 272	3 298	2 186	2 180	+ 8,5	+ 0,8	+ 7,6	– 3,0
Feinkeramik	2 898	3 020	1 936	1 997	+ 5,4	+ 4,2	+ 4,5	+ 0,2
Herstellung und Verarbeitung von Glas	3 411	3 481	2 278	2 301	+ 6,1	+ 2,0	+ 5,2	– 1,9
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	3 146	3 263	2 101	2 157	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,0	– 0,2
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	2 929	3 055	1 956	2 020	+ 2,9	+ 4,3	+ 2,1	+ 0,3
Papier- und Pappeverarbeitung	3 163	3 272	2 113	2 163	+ 4,4	+ 3,4	+ 3,6	– 0,5
Druckerei, Vervielfältigung	3 733	3 846	2 493	2 542	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,5	– 0,9
Herstellung von Kunststoffwaren	3 137	3 233	2 096	2 137	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,6	– 0,9
Ledererzeugung	2 942	3 042	1 965	2 011	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,2	– 0,5
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 655	2 724	1 773	1 801	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,9	– 1,3
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 672	2 759	1 785	1 824	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,9	– 0,7
Textilgewerbe	2 968	3 081	1 982	2 037	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,0	– 0,2
Bekleidungsgewerbe	2 842	2 911	1 898	1 925	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,8	– 1,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 355	3 446	2 241	2 278	+ 4,0	+ 2,7	+ 3,2	– 1,2
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	3 242	3 355	2 165	2 218	+ 3,2	+ 3,5	+ 2,3	– 0,5
Industrie (insgesamt) [2]	3 402	3 524	2 273	2 330	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,2	– 0,4

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

nicht ganz so stark wie im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (– 0,8 vH; s. *Tabelle 4*).

Die Differenzierung der *Effektiv*einkommen (ohne Sonderzahlungen) in Industrie, Handel, Kreditgewerbe und Versicherungen wird in den *Tabellen 5 bis 8* jeweils für Arbeiter und Arbeiterinnen, männliche und weibliche Angestellte dargestellt[12]):

Bei der Einkommensentwicklung in den verschiedenen Branchen ist sowohl der Zuwachs insgesamt wie die Spannbreite der einzelnen Zunahmen nicht so groß ausgefallen wie 1988: Die für alle Gruppen, mit Ausnahme der Frauen, leicht verringerte Gesamtzunahme der Effektiveinkommen wird im wesentlichen auf die etwas geringeren Tariflohnerhöhungen (vgl. *Tabelle 4*) zurückzuführen sein. Die Spannbreite der Brutto-Zunahmen reicht von mindestens 0,2 vH bei den Arbeiterinnen in der „Herstellung von Büromaschinen . . ." bis zu maximal 6,2 vH bei den Arbeitern in der „Eisen-, Stahl- und Tempergießerei". Bei den männlichen Angestellten reicht die Spannbreite der Bruttoentwicklung von mindestens + 1,3 vH in der „Herstellung von Chemiefasern" bis zu maximal 5,1 vH in der „Herstellung von Schuhen . . .". Bei den angestellten Frauen ist die Spannbreite geringer; Minimalwert und Maximalwert liegen aber ebenfalls in den genannten Produktionsbereichen. Entsprechend differenziert sind die Einkommensentwicklungen auch netto real, d. h. nach Abzug von Steuern, Sozialversicherungsabgaben und Preisanstieg. Im wesentlichen spiegeln diese Differenzierungen unterschiedliche Gewinn- und Ertragssituationen der Branchen und unterschiedliche Tarifabschlüsse einschließlich verschiedener, insbesondere längerer Tariflaufzeiten wider.

Durch diese differenzierte Entwicklung haben sich die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Branchen gegenüber dem Vorjahr bei Arbeitern und Arbeiterinnen weiter erhöht, bei den Angestellten ver-

[12]) Zu den *Tariferhöhungen* wie den *tariflich* bedingten Einkommensdifferenzierungen vgl. ausführlich *Bispinck, R., WSI-Tarifarchiv*, Tarifbewegungen im Jahr 1989: Bescheidener Anstieg der Tarifeinkommen – weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit, in: WSI-Mitteilungen 3/1990, S. 126 ff. – sowie *derselbe*, in: Gewerkschaftsjahrbuch 1990, a. a. O.

Tabelle 6

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
Vollzeitbeschäftigte Arbeiterinnen
(ohne Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)

Industriezweig	Monatlich in DM				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real [1]	
	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988	1989
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	2 803	2 877	1 872	1 902	+ 4,2	+ 2,6	+ 3,4	– 1,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	2 559	2 651	1 710	1 752	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,0	– 0,4
Eisenschaffende Industrie	2 512	2 581	1 678	1 706	+ 5,7	+ 2,8	+ 4,8	– 1,2
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	2 694	2 842	1 800	1 879	+ 8,6	+ 5,5	+ 7,7	+ 1,5
Ziehereien und Kaltwalzwerke	2 559	2 638	1 710	1 744	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,2	– 0,9
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	2 464	2 542	1 646	1 681	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,8	– 0,8
Mineralölverarbeitung	3 055	3 081	2 040	2 037	+ 5,6	+ 0,9	+ 4,7	– 3,0
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	2 659	2 707	1 776	1 790	+ 4,2	+ 1,8	+ 3,4	– 2,1
Herstellung von Chemiefasern	2 711	2 781	1 811	1 839	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,5	– 1,3
Holzbearbeitung	2 329	2 446	1 556	1 617	+ 4,5	+ 5,0	+ 3,7	+ 1,0
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	2 451	2 520	1 637	1 666	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,8	– 1,1
Gummiverarbeitung,Verarbeitung von Asbest	2 598	2 672	1 736	1 767	+ 4,2	+ 2,8	+ 3,4	– 1,1
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	2 507	2 585	1 675	1 709	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,0	– 0,8
Maschinenbau, Lokomotivbau	2 520	2 607	1 683	1 724	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,5	– 0,5
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	2 916	3 020	1 948	1 997	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,1	– 0,4
Schiffbau	2 811	2 894	1 878	1 913	+ 6,9	+ 2,9	+ 6,1	– 1,0
Luft- und Raumfahrzeugbau	2 703	2 833	1 805	1 873	+ 3,0	+ 4,8	+ 2,1	+ 0,8
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	2 438	2 503	1 628	1 655	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,1	– 1,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	2 442	2 525	1 631	1 669	+ 4,1	+ 3,4	+ 3,3	– 0,6
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 346	2 433	1 567	1 609	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,2	– 0,3
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2 659	2 664	1 776	1 761	+ 12,3	+ 0,2	+ 11,4	– 3,7
Feinkeramik	2 238	2 338	1 495	1 546	+ 4,2	+ 4,5	+ 3,4	+ 0,5
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2 281	2 342	1 524	1 548	+ 5,0	+ 2,7	+ 4,1	– 1,2
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 381	2 485	1 591	1 643	+ 4,4	+ 4,4	+ 3,6	+ 0,4
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	2 216	2 325	1 480	1 537	+ 4,3	+ 4,9	+ 3,5	+ 0,9
Papier- und Pappeverarbeitung	2 173	2 255	1 451	1 491	+ 4,2	+ 3,8	+ 3,3	– 0,2
Druckerei, Vervielfältigung	2 672	2 764	1 785	1 827	+ 4,4	+ 3,4	+ 3,6	– 0,5
Herstellung von Kunststoffwaren	2 238	2 307	1 495	1 525	+ 4,5	+ 3,1	+ 3,6	– 0,8
Ledererzeugung	2 186	2 299	1 460	1 520	+ 2,2	+ 5,2	+ 1,4	+ 1,2
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	1 942	2 016	1 297	1 333	+ 3,3	+ 3,8	+ 2,4	– 0,2
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 112	2 190	1 411	1 448	+ 4,3	+ 3,7	+ 3,5	– 0,3
Textilgewerbe	2 260	2 351	1 509	1 554	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,0	+ 0,1
Bekleidungsgewerbe	2 125	2 190	1 419	1 448	+ 4,1	+ 3,1	+ 3,2	– 0,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2 181	2 255	1 457	1 491	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,1	– 0,6
Industrie (insgesamt) [2]	2 394	2 481	1 599	1 640	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,0	– 0,3

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

mindert: Entsprechend dem in *Tabelle 9* wiedergegebenen *Variationskoeffizienten*, der diese Bewegung zwischen den Brancheneinkommen durch die relative Abweichung vom Mittelwert aller Einkommen mißt, haben Auseinanderdriften bzw. Zusammenrücken allerdings nur in geringem Umfang stattgefunden. Die entgegen dem langjährigen Trend geringfügige Verminderung der Einkommensunterschiede zwischen den Branchen bei den Angestellten wird allerdings zufallsbedingt sein. Der Trend des ständig weiteren Auseinanderklaffens wird sich schon deshalb bald wieder durchsetzen, weil er quasi automatisch durch eine jahrzehntelang andauernde Strukturstärke bzw. -schwäche der einzelnen Branchen bei Produktion und Gewinn sowie durch die „nachvollziehende" Lohnpolitik geprägt ist. Solange also die Tarifpolitik im wesentlichen die Einkommen linear erhöht, driften auch die Arbeitseinkommen angesichts unterschiedlicher Ausgangsniveaus immer weiter auseinander, weil 3 vH von 4.000 DM absolut doppelt so viel sind wie 3 vH von 2.000 DM. Es wird in der Tat immer wichtiger, vor allem im Verlauf eines Arbeitslebens und der davon abhängigen Altersversorgung, in der „richtigen" Branche zu arbeiten.

Tabelle 9

Entwicklung der Einkommensunterschiede zwischen den Branchen
(Effektiveinkommen ohne Sonderzahlungen)

Beschäftigtengruppe		Variationskoeffizient						
		1968	1972	1976	1981	1984	1988	1989
Angestellte[1])	m	7,54	8,14	9,66	10,16	11,06	12,06	11,90
	w	8,54	9,73	10,74	10,84	12,06	13,11	12,85
Arbeiter[2])	m	8,44	9,50	10,09	9,92	10,42	11,43	11,62
	w	7,87	9,47	10,14	9,92	10,68	12,29	12,59

1) Auf Basis der effektiven Monatslöhne. – 2) Auf Basis der effektiven Stundenlöhne.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

Die Niveauunterschiede zwischen den Löhnen und den Gehältern sind dagegen 1989 gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben: Eine Arbeiterin bezog brutto wie netto ein um 20 vH niedrigeres Arbeitseinkommen als eine weibliche Angestellte. Bei den Männern betrug der Unterschied brutto wie netto 27 vH. Eine im langfristigen Vergangenheitsvergleich feststellbare trendmäßige Verschlechterung dieser Relation zu

Tabelle 7

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
Vollzeitbeschäftigte angestellte Männer
(einschl. Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)

Industriezweig	Monatlich in DM				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real [1])	
	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988	1989
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	4 806	4 934	3 210	3 262	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,4	– 1,3
Bergbau	5 395	5 578	3 604	3 688	+ 1,6	+ 3,4	+ 0,8	– 0,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	4 719	4 899	3 152	3 239	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,6	– 0,1
Eisenschaffende Industrie	4 927	5 118	3 291	3 384	+ 3,4	+ 3,9	+ 2,6	– 0,1
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	4 839	5 056	3 232	3 343	+ 4,2	+ 4,5	+ 3,3	+ 0,5
Ziehereien und Kaltwalzwerke	4 842	5 008	3 234	3 311	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,0	– 0,5
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	4 995	5 179	3 336	3 424	+ 3,6	+ 3,7	+ 2,7	– 0,3
Mineralölverarbeitung	6 405	6 592	4 278	4 358	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,2	– 1,0
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	5 270	5 472	3 520	3 618	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,2	– 0,1
Herstellung von Chemiefasern	5 216	5 284	3 484	3 493	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,9	– 2,6
Holzbearbeitung	4 393	4 584	2 934	3 031	+ 4,1	+ 4,3	+ 3,3	+ 0,4
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	5 438	5 632	3 632	3 723	+ 3,3	+ 3,6	+ 2,4	– 0,4
Gummiverarbeitung,Verarbeitung von Asbest	4 911	5 086	3 280	3 362	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,0	– 0,4
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	5 147	5 345	3 438	3 534	+ 3,6	+ 3,8	+ 2,7	– 0,1
Maschinenbau, Lokomotivbau	5 036	5 240	3 364	3 464	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,0	+ 0,1
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	5 589	5 756	3 733	3 805	+ 5,4	+ 3,0	+ 4,6	– 0,9
Schiffbau	4 829	5 049	3 226	3 338	+ 4,5	+ 4,6	+ 3,6	+ 0,6
Luft- und Raumfahrzeugbau	5 437	5 659	3 632	3 741	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,8	+ 0,1
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	5 220	5 415	3 487	3 580	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,2	– 0,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	4 744	4 909	3 169	3 245	+ 2,7	+ 3,5	+ 1,9	– 0,5
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	4 726	4 876	3 157	3 224	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,7	– 0,8
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	5 812	6 004	3 882	3 969	+ 5,8	+ 3,3	+ 4,9	– 0,6
Feinkeramik	4 101	4 268	2 739	2 822	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,7	+ 0,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	4 626	4 818	3 090	3 185	+ 3,9	+ 4,2	+ 3,1	+ 0,2
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	4 402	4 542	2 940	3 003	+ 3,7	+ 3,2	+ 2,9	– 0,8
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	4 448	4 559	2 971	3 014	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,4	– 1,4
Papier- und Pappeverarbeitung	4 661	4 814	3 113	3 183	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,3	– 0,7
Druckerei, Vervielfältigung	4 904	5 068	3 276	3 351	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,4	– 0,6
Herstellung von Kunststoffwaren	4 728	4 892	3 158	3 234	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,7	– 0,5
Ledererzeugung	4 464	4 663	2 982	3 083	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,0	+ 0,5
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	3 990	4 174	2 665	2 760	+ 3,5	+ 4,6	+ 2,6	+ 0,6
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	4 111	4 319	2 746	2 855	+ 4,0	+ 5,1	+ 3,2	+ 1,1
Textilgewerbe	4 350	4 488	2 906	2 967	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,8	– 0,8
Bekleidungsgewerbe	4 267	4 392	2 850	2 904	+ 3,6	+ 2,9	+ 2,7	– 1,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	4 575	4 734	3 056	3 130	+ 3,6	+ 3,5	+ 2,8	– 0,5
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	4 965	5 159	3 316	3 411	+ 3,1	+ 3,9	+ 2,3	– 0,1
Großhandel	4 009	4 162	2 678	2 752	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,0	– 0,1
Einzelhandel	3 470	3 616	2 318	2 391	+ 3,9	+ 4,2	+ 3,0	+ 0,2
Kreditinstitute	4 226	4 333	2 823	2 865	+ 3,7	+ 2,5	+ 2,9	– 1,4
Versicherungsgewerbe	4 498	4 665	3 004	3 084	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,2	– 0,2
Industrie (insgesamt) [2])	4 654	4 824	3 109	3 189	+ 3,8	+ 3,7	+ 2,9	– 0,3

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk sowie Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

Lasten der Lohnempfänger hat sich also 1989 nicht fortgesetzt. Im Prinzip aber gilt für diesen Trend und seine Ursachen das gleiche wie für den eben geschilderten Trend der auseinanderdriftenden Brancheneinkommen.

Die in den „regelmäßig bezogenen Monatseinkommen" der *Tabellen 5 bis 8* nicht enthaltenen Sonderzahlungen (vor allem Jahresprämien, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld), die tariflich wie freiwillig von den Betrieben gewährt werden, verdienen aufgrund ihrer Höhe zusätzliche Beachtung (vgl. *Tabelle 10*)[13]). Danach erhielten Angestellte in der Industrie einschließlich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe 1988 zu ihrem regelmäßigen Monatseinkommen (oder zu ihrem effektiven Jahreseinkommen) zusätzlich 13,2 vH in Form von Sonderzahlungen. Ohne Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sind es allerdings „nur" 12,5 vH, weil insbesondere bei Kreditinstituten (+ 15,4 vH) und Versicherungsgewerbe (+ 15,8 vH) stark überdurchschnittliche Sonderzahlungen üblich sind. Aber auch 12,5 vH sind deutlich mehr als die 9,1 vH, die Arbeiter und Arbeiterinnen zusätzlich im Durchschnitt erhalten. Auf der anderen Seite gibt es bei den gewerblichen Beschäftigten mit 16,5 vH in der „NE-Metallerzeugung . . ." den höchsten Anteil überhaupt, vermutlich auch wegen branchenspezifischer besonderer Arbeitsplatzbelastungen, die finanziell entgolten werden.

Bei den Einkommensunterschieden zwischen den von der amtlichen Verdienststatistik ausgewiesenen Leistungsgruppen, die relativ grob das Qualifikationsgefälle der jeweiligen Arbeitsplätze (nicht aber unbedingt auch das Qualifikationsgefälle der darauf Beschäftigten) wiedergeben sollen, hat sich von 1988 auf 1989 nur wenig geändert. Teilweise aber sind die Einstufung von Männern und Frauen in Leistungsgruppen und damit verbundene Differenzen zwischen Männer- und Fraueneinkommen ohnehin Ausdruck versteckter Diskriminierung von Frauen bzw. ihrer geringeren Zugangschancen zum Arbeitsmarkt, speziell zu den oberen Einkommensklassen. Die Folgen dieser Benachteiligungen auf die Fraueneinkommen aber lassen sich besser durch Einkommensschichtungen wiedergeben als durch die in den Tabellen 5 bis 8 enthaltenen Durchschnittseinkommen. Daten einer solchen Einkommensschichtung liegen allerdings erst für das Jahr 1987 vor und sind in diesem Zusammenhang schon im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht kommentiert worden[14]). Die Daten beziehen sich außerdem nur auf ganzjährig vollzeitbeschäftigte versicherungspflichtige Personen, womit ein Teil von Einkommensdiskriminierung bei Frauen schon ausgegrenzt ist. Auch hier bei Ausbildung und Qualifizierung, Einstufung und leistungs„gerechter" Bezahlung trägt übrigens nicht nur das Entlohnungsverhalten der Betriebe bzw. der Arbeitgeber Verantwortung für Frauendiskriminierung, sondern auch die tarifliche und betriebliche Arbeitnehmervertretung[15]).

[13]) Durch Gegenüberstellung der Bruttoverdienste aus der Jahresverdiensterhebung des *Statistischen Bundesamtes* (die alle Verdienste erfaßt) mit den auf das Jahr hochgerechneten Ergebnissen der laufenden Verdiensterhebung wird auf die Sonderzahlungen geschlossen, d. h. der Saldo wird als Summe der Sonderzahlungen interpretiert. Methodisch liegt eine Unsicherheit aber darin, daß die laufende Verdiensterhebung lediglich jeweils den ersten Monat eines Quartals erfaßt und damit die Verdienstentwicklung in den übrigen acht Monaten nur geschätzt werden kann.

[14]) Vgl. hierzu die Ausführungen im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht von *Welzmüller, R.*, Kräftige Gewinnsteigerung durch unerwarteten Wachstumsschub, in: WSI-Mitteilungen 7/1989, S. 361 ff., hier S. 368 f.

[15]) Vgl. dazu auch *Kurz-Scherf, I.*, Von der Emanzipation des Brunnenmädchens in Heilbädern – Frauendiskriminierung und Frauenförderung durch Tarifvertrag und Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 8/1986, S. 537 ff., sowie auch den aktuellen Bericht der *Bundesregierung* über die tarifliche Entwicklung des gleichen Arbeitsentgelts für Männer und Frauen (Achter Bericht der Bundesregierung . . . betreffend die Anwendung des Artikels 119 EWG-Vertrag . . .), Bundestagsdrucksache 11/5785, Bonn 1989. – Vgl. auch die frauenspezifischen Angaben bei *Wartenberg, E.*, Bruttojahresverdienste 1988 in Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe, in: Wirtschaft und Statistik 12/1989, S. 808 ff. – Vgl. schließlich den Beitrag von *Judisch u. a.* in diesem Heft.

Tabelle 8

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
Vollzeitbeschäftigte angestellte Frauen
(einschl. Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)

Industriezweig	Monatlich in DM				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real [1])	
	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988	1989
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 412	3 513	2 279	2 323	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,4	– 1,0
Bergbau	3 611	3 786	2 412	2 503	+ 5,3	+ 4,8	+ 4,5	+ 0,8
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	3 190	3 288	2 131	2 174	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,4	– 0,9
Eisenschaffende Industrie	3 272	3 356	2 186	2 219	+ 3,8	+ 2,6	+ 3,0	– 1,3
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	3 140	3 261	2 097	2 156	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,8	– 0,1
Ziehereien und Kaltwalzwerke	3 175	3 326	2 121	2 199	+ 3,6	+ 4,8	+ 2,7	+ 0,8
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	3 355	3 465	2 241	2 291	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,6	– 0,7
Mineralölverarbeitung	4 444	4 568	2 968	3 020	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,3	– 1,1
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 800	3 942	2 538	2 606	+ 4,3	+ 3,7	+ 3,4	– 0,2
Herstellung von Chemiefasern	3 665	3 722	2 448	2 461	+ 3,1	+ 1,6	+ 2,3	– 2,3
Holzbearbeitung	2 720	2 838	1 817	1 876	+ 3,0	+ 4,3	+ 2,2	+ 0,4
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	3 442	3 558	2 299	2 352	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,1	– 0,6
Gummiverarbeitung,Verarbeitung von Asbest	3 403	3 514	2 273	2 323	+ 4,6	+ 3,3	+ 3,7	– 0,7
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 261	3 376	2 178	2 232	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,7	– 0,4
Maschinenbau, Lokomotivbau	3 240	3 348	2 164	2 213	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,3	– 0,6
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 745	3 855	2 502	2 549	+ 5,8	+ 2,9	+ 4,9	– 1,0
Schiffbau	2 984	3 128	1 993	2 068	+ 3,7	+ 4,8	+ 2,9	+ 0,8
Luft- und Raumfahrzeugbau	3 643	3 803	2 433	2 514	+ 3,6	+ 4,4	+ 2,8	+ 0,4
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 488	3 612	2 330	2 388	+ 4,1	+ 3,6	+ 3,3	– 0,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	3 236	3 363	2 162	2 223	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,1	– 0,0
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	3 089	3 187	2 063	2 107	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,7	– 0,8
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3 998	4 118	2 671	2 722	+ 4,6	+ 3,0	+ 3,8	– 0,9
Feinkeramik	2 916	3 060	1 948	2 023	+ 3,4	+ 4,9	+ 2,6	+ 0,9
Herstellung und Verarbeitung von Glas	3 054	3 175	2 040	2 099	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,2	– 0,0
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 782	2 891	1 858	1 911	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,2	– 0,0
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	2 957	3 029	1 975	2 003	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,3	– 1,5
Papier- und Pappeverarbeitung	3 019	3 141	2 017	2 077	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,2	+ 0,1
Druckerei, Vervielfältigung	3 261	3 367	2 178	2 226	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,6	– 0,7
Herstellung von Kunststoffwaren	3 076	3 178	2 055	2 101	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,8	– 0,6
Ledererzeugung	2 862	2 941	1 912	1 944	+ 4,1	+ 2,8	+ 3,2	– 1,2
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 632	2 728	1 758	1 804	+ 3,1	+ 3,6	+ 2,3	– 0,3
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 678	2 813	1 789	1 860	+ 4,0	+ 5,0	+ 3,2	+ 1,0
Textilgewerbe	3 021	3 116	2 018	2 060	+ 3,7	+ 3,1	+ 2,9	– 0,8
Bekleidungsgewerbe	3 015	3 123	2 014	2 065	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,2	– 0,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 175	3 297	2 121	2 180	+ 3,7	+ 3,8	+ 2,8	– 0,1
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	3 056	3 188	2 041	2 108	+ 2,9	+ 4,3	+ 2,0	+ 0,3
Großhandel	2 755	2 874	1 840	1 900	+ 2,9	+ 4,3	+ 2,1	+ 0,3
Einzelhandel	2 344	2 460	1 566	1 626	+ 4,2	+ 4,9	+ 3,4	+ 0,9
Kreditinstitute	3 262	3 327	2 179	2 200	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,7	– 1,9
Versicherungsgewerbe	3 494	3 641	2 334	2 407	+ 3,0	+ 4,2	+ 2,2	+ 0,2
Industrie (insgesamt) [2])	2 989	3 108	1 997	2 055	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,1	+ 0,0

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk sowie Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

Tabelle 10

Sonderzahlungen in vH der Effektivverdienste von Vollzeitbeschäftigten in der Industrie
Männer und Frauen

Wirtschaftszweig	Arbeiter/innen					Angestellte				
	1976	1980	1984	1986	1988	1976	1980	1984	1986	1988
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	12,3	13,9	14,4	14,9	14,9	13,9	14,5	14,7	14,9	14,0
Bergbau	5,1	6,9	8,4	9,4	7,0	7,6	8,3	7,8	8,7	8.4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	6,0	6,3	6,2	5,9	5,8	11,4	11,1	11,7	11,1	11,2
Eisenschaffende Industrie	12,2	10,0	8,2	10,8	7,7	10,0	11,7	9,8	9,7	10,3
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	10,4	12,7	11,7	14,0	10,5	13,4	11,7	9,8	10,4	11,1
Ziehereien und Kaltwalzwerke	8,9	10,8	9,8	11,5	7,7	12,8	12,1	11,4	12,0	9.1
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	8,7	11,1	11,0	12,4	9,8	12,7	12,7	13,1	13,3	13,3
Mineralölverarbeitung	13,5	15,5	14,0	16,5	16,5	12,9	11,7	13,4	12,4	12,2
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	12,4	15,0	13,5	15,9	13,8	15,4	14,5	14,2	14,8	16,2
Herstellung von Chemiefasern	14,0	14,8	11,0	12,1	12,2	13,2	14,0	11,5	11,3	9,5
Holzbearbeitung	7,6	8,5	8,0	9,3	7,5	11,3	12,2	12,8	11,3	12,7
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	7,5	10,9	8,7	12,1	5,8	12,4	10,0	10,4	9,9	10,5
Gummiverarbeitung,Verarbeitung von Asbest	9,1	7,3	9,2	10,5	8,0	12,5	12,8	11,2	10,5	10,5
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	10,1	10,8	10,1	10,0	8,8	13,3	13,5	11,4	11,2	10,5
Maschinenbau, Lokomotivbau	10,2	11,1	10,5	11,0	9,2	12,5	13,2	12,8	13,1	11,9
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	11,9	12,8	9,6	13,5	12,8	14,1	15,2	13,2	15,0	13,9
Schiffbau	10,0	9,9	10,4	7,7	4,5	15,0	11,1	12,4	11,1	13,5
Luft- und Raumfahrzeugbau	12,8	13,1	15,2	15,4	14,9	16,1	16,5	14,1	12,6	12,2
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	9,9	10,8	10,1	11,0	9,2	12,4	12,8	12,9	14,8	13,6
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	10,9	10,8	9,7	10,3	7,8	11,8	11,9	10,2	11,6	10,9
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	10,6	12,0	10,9	11,5	10,2	12,5	12,9	12,0	12,3	12,0
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	11,2	10,6	9,2	12,3	8,1	12,7	7,8	7,8	10,4	9,0
Feinkeramik	8,1	8,5	8,1	8,1	7,2	11,1	10,7	8,4	10,5	10,7
Herstellung und Verarbeitung von Glas	9,1	10,0	9,1	11,9	7,4	10,6	10,6	11,4	12,5	11,5
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	8,5	11,4	10,3	8,9	9,0	10,2	11,6	10,7	10,4	10,3
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	10,1	10,7	10,8	9,5	8,5	12,7	13,0	12,0	10,7	9,7
Papier- und Pappeverarbeitung	9,8	12,1	11,3	12,1	10,3	11,6	11,7	13,0	12,9	11,9
Druckerei, Vervielfältigung	8,9	13,1	11,0	14,3	11,2	12,4	14,0	13,9	14,5	14,5
Herstellung von Kunststoffwaren	10,0	10,7	9,7	9,9	8,7	12,5	12,5	10,8	10,2	9,9
Ledererzeugung	9,2	7,9	7,9	6,5	7,5	13,5	9,1	9,2	7,8	8,1
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	9,0	9,7	8,7	7,3	7,1	11,2	11,1	8,2	9,8	10,8
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	7,1	7,8	6,0	6,6	6,3	10,1	12,1	11,3	9,5	11,8
Textilgewerbe	7,8	8,3	6,7	7,0	5,8	9,2	8,7	7,4	7,2	7,9
Bekleidungsgewerbe	7,4	6,4	5,2	4,9	5,4	10,2	9,5	8,0	7,8	8,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	8,3	9,7	9,2	10,2	9,2	11,3	11,7	10,7	10,4	11,0
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	–	–	0,6	–	–	8,4	8,4	8,6	8,0	8,2
Großhandel	–	–	–	–	–	12,6	13,9	10,4	10,3	11,2
Einzelhandel	–	–	–	–	–	11,9	11,7	9,6	9,7	9,3
Kreditinstitute	–	–	–	–	–	16,5	16,3	16,3	15,8	15,4
Versicherungsgewerbe	–	–	–	–	–	15,5	14,8	14,8	14,8	15,8
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	8,9	9,7	9,1	10,3	9,1	12,4	12,7	12,1	12,8	12,5
Industrie (einschl. Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe)	–	–	–	–	–	13,7	13,8	12,8	13,2	13,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

3. Haushaltseinkommen aller sozialen Gruppen

Eine Angabe über Entwicklung und Stand der real verfügbaren Haushaltseinkommen in den verschiedenen sozialen Gruppen für das Jahr 1989 ist zur Zeit nicht möglich[16]). Allerdings haben das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* und auch das *Statistische Bundesamt* für 1988 und teilweise für die Vorjahre differenziertere Daten zur Haushalts-Einkommenslage vorgelegt, darunter das *DIW* sogar erstmals wieder seit 1985 eine Schichtung der verfügbaren Haushaltseinkommen[17]). Die wesentlichsten Ergebnisse werden hier dargestellt, wobei zu betonen ist, daß beide Arbeiten die Ergebnisse der Volkszählung 1987 für Anzahl und Verteilung der Haushalte auf soziale Gruppen *noch nicht* berücksichtigen. Sollten diese in Zukunft eingearbeitet werden, so ist – ähnlich wie bei der volkszählungsbedingten Revision der Lohnquote und anderer gesamtwirtschaftlicher Verteilungsdaten (s. o.) – möglicherweise auch für die Haushaltseinkommen ohne nachträgliche und u. U. weit rückwirkende Niveauveränderung zugunsten der Selbständigen und zu Lasten der Arbeitnehmer nicht auszuschließen. Aber auch unabhängig von dieser Möglichkeit vermitteln beide Arbeiten erhebliche Verteilungsdiskrepanzen zwischen den sozialen Gruppen.

In *Tabelle 11* sind zunächst die durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen der meisten Gruppen angegeben, deren Haushalte nach dem jeweiligen sozialen Status des Haushaltsvorstands (Mann oder Frau) definiert werden; der Vorstand ist derjenige oder diejenige, der/die das meiste Einkommen des Haushalts erzielt oder vor Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug erzielt hat. Nicht aufgenommen in *Tabelle 11* wurde die auch vom *Statistischen Bundesamt* ausgewiesene Gruppe der „Sonstigen Nichterwerbstätigen", der 1988 1,2 Mill. Haushalte und rund 2,3 Mill. Personen zugeordnet wurden (4,5 vH aller Haushalte oder 3,8 vH der Bevölkerung). Ihre Zusammensetzung ist so unterschiedlich (z. B. Personen, die überwiegend von Unterhaltszahlungen, von eigenem Vermögen, von Vermietung, Altenteil oder BAföG leben), daß ihre Einkommensdurchschnittswerte kaum aussagefähig sind. Aber auch an den in *Tabelle 11* enthaltenen Angaben zum Einkommensniveau der Haushalte in der *Landwirtschaft* sind aus mehreren Gründen Zweifel bzw. Vermutungen über ein de facto höheres Niveau zulässig.

Die Durchschnittseinkommen auf nominaler Basis vermitteln für 1988 (und die Vorjahre) das erwartbare Bild einer eindeutigen Hierarchie: die Selbständigenhaushalte stehen an der Spitze, die Haushalte von Sozialhilfeempfängern am Ende. Die Einkommen der Arbeitslosenhaushalte entsprechen rund der Hälfte des Einkommens von Arbeitnehmerhaushalten (Beamten-, Angestellten- und Arbeiterhaushalte zusammen 4.094 DM in 1988). Die Einkommen der Rentnerhaushalte machen rund 69 vH der durchschnittlichen Einkommen in Angestellten- und Arbeiterhaushalten aus (3.975 DM 1988). Die Einkommen der Haushalte von Pensionären als Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes dagegen liegen knapp unter denen der Arbeitnehmer (mit rund 93 vH) und weisen auch im Vergleich zu den Aktiveinkommen der Beamten mit einem Anteil von rund 77 vH einen geringeren Abstand auf als die Rentnereinkommen zu den Einkommen der Arbeitnehmer im engeren Sinne (Angestellte und Arbeiter).

Weitere Kennziffern machen die Einkommensungleichgewichtigkeit zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen vor allem in zeitlicher Entwicklung noch deutlicher: 1972 betrug das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte noch 41,5 vH des Einkommens eines Selbständigen-Haushalts außerhalb der Landwirtschaft, 1980 waren es nur noch 39,6 vH, 1988 lediglich noch 30,7 vH. Derselbe Vergleich ergibt für die Haushalte von Rentnern (Pensionären) für 1972 noch 23,5 vH (33,9 vH), 1980 25,9 vH (36,4 vH) und 1988 nur noch 20,6 vH (28,4 vH). Am stärksten gewachsen ist die Diskrepanz bei den verfügbaren Einkommen von Selbständigen- und Arbeitslosen-Haushalten; letztere mußten 1972 mit 23,2 vH, 1980 mit 21,7 vH und 1988 schließlich nur noch mit 15,9 vH des durchschnittlichen Selbständigen-Einkommens auskommen.

Die reale Betrachtungsweise der Entwicklung verschärft das Bild: Arbeitslosenhaushalte haben ihre Einkommenslage nach Abzug von Preissteigerungseffekten von 1972 bis 1988 so gut wie nicht verbessern können – im Gegensatz zu allen anderen Gruppen, unter denen die Selbständigeneinkommen außerhalb der Landwirtschaft weit vorausgeeilt sind. Ein Großteil der realen Verbesserungen geht allerdings, mit *Ausnahme* bei den Selbständigen, auf den Zeitraum 1972 bis 1980 zurück. Während die realen Haushaltseinkommen der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft nach 1980, verglichen mit der Vorperiode, beschleunigt wuchsen, nahmen die Einkommen der anderen sozialen Gruppen nach 1980 real nur minimal zu oder sogar absolut ab. In den achtziger Jahren hat sich die Ungleichheit in der Verteilung zwischen „Gewinn"- bzw. Selbständigeneinkommen außerhalb der Landwirtschaft und allen anderen Gruppeneinkommen erheblich vergrößert!

Allein das *DIW* legt auch eine Schichtung der verfügbaren Einkommen nach verschiedenen sozialen Haushaltsgruppen vor (vgl. *Tabelle 12*), deren Ergebnisse die Ungleichheit der Einkommensverteilung für das Jahr 1988 (wie auch im Zeitvergleich) noch stärker hervortreten lassen: Wie zu erwarten, ist der bisher im Zusammenhang mit Tabelle 11 genannte *Durchschnittswert* beim verfügbaren Einkommen als *arithmetisches Mittel* wegen der starken Streuung der Einkommen nicht repräsentativ für die jeweiligen Gruppen; in jeder Gruppe ist der Einkommenswert, den die Hälfte der Gruppe *nicht* erreicht *(Median)*, oder der Einkommenswert innerhalb einer Einkommensgrößenklasse, die am dichtesten mit entsprechend verdienenden Haushalten besetzt ist *(Modalwert)*, mehr der weniger deutlich niedriger als das arithmetische Mittel. Zum Beispiel erreicht die Hälfte der Angestelltenhaushalte 1988 höchstens ein verfügbares Einkommen von 3.900 DM monatlich (Median), die Hälfte der Beamtenhaushalte höchstens 4.400 DM, die der Arbeiterhaushalte höchstens 3.100 DM und die der Arbeitslosenhaushalte höchstens 1.950 DM. (Im übrigen weichen die vom *DIW* ermittelten arithmetischen Durchschnitte nur wenig von denen des *Statistischen Bundesamtes* ab).

Vor allem aber läßt die Schichtung Vergleiche bei der Besetzung von gleichen Einkommensgrößenklassen bzw. „unteren", „mittleren" und „oberen" Einkommensniveaus zwischen verschiedenen sozialen Gruppen zu. So gilt z. B. für 1988: Für ein Zehntel aller Arbeitnehmerhaushalte, immerhin rund 1,3 Mill. Haushalte, überschritt das verfügbare Haushaltseinkommen den Monatsbetrag von 2.300 DM nicht; in dieser Einkommensgrößenklasse ist dagegen so gut wie kein Selbständigenhaushalt vertreten. Oder: Nicht nur Arbeitslosenhaushalte (mit einer Zahl von 760.000 nach den

[16]) Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* in Berlin (DIW) hat seine bisher regelmäßige Berichterstattung darüber ausgesetzt. Es will zunächst die Vorlage der durch die Volkszählungsergebnisse zu erwartenden Revision amtlicher Zahlen zu Anzahl und Struktur der Privathaushalte in der Bundesrepublik durch das Statistische Bundesamt abwarten, weil eine Berechnung der verfügbaren Haushaltseinkommen auf Basis der jetzt aktuellsten, gegenüber dem Vorjahr aber auch bereits revidierten Haushaltsdaten des Statistischen Bundesamtes einen zu großen Aufwand erfordern würde. Wahrscheinlich ist schon 1991 mit der Wiederaufnahme der regelmäßigen Einkommensberichterstattung durch das *DIW*, in diesem Fall für die zwei zurückliegenden Jahre 1989 und 1990, zu rechnen.

[17]) Vgl. *Bedau, K.-D.*, Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988, in: Wochenbericht des DIW 22/1990, S. 304 ff. – sowie *Schüler, K.* und Mitarbeiter, Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972–1988, in: Wirtschaft und Statistik 3/1990, S. 182 ff.

Tabelle 11

Verfügbare Haushaltseinkommen[1]) von sozialen Gruppen (im Monatsdurchschnitt)
nominal und real

Jahr	Selbständigenhaushalte Landwirte	Selbständigenhaushalte Sonstige	Arbeitnehmerhaushalte Beamte	Arbeitnehmerhaushalte Angestellte	Arbeitnehmerhaushalte Arbeiter	Nichterwerbstätigenhaushalte Arbeitslose	Nichterwerbstätigenhaushalte Sozialhilfe	Nichterwerbstätigenhaushalte Rentner	Pensionäre
	– Nominaleinkommen –								
1972	2 864	5 028	2 261	2 049	1 652	1 165	765	1 180	1 704
1980	4 181	8 373	4 039	3 527	2 983	1 817	1 271	2 168	3 048
1981	4 159	9 103	4 224	3 682	3 127	1 992	1 335	2 291	3 269
1982	4 578	9 165	4 211	3 726	3 133	1 987	1 366	2 390	3 420
1983	4 039	9 786	4 342	3 827	3 169	1 937	1 370	2 405	3 384
1984	4 648	11 105	4 407	3 907	3 218	1 895	1 406	2 461	3 429
1985	4 340	11 813	4 524	3 978	3 281	1 904	1 497	2 518	3 518
1986	4 882	12 103	4 660	4 117	3 416	1 967	1 568	2 585	3 583
1987	4 152	13 010	4 803	4 233	3 490	2 060	1 613	2 676	3 700
1988	5 059	13 354	4 935	4 322	3 620	2 118	1 636	2 747	3 796
	– Realeinkommen[2]) (1972 = 100) –								
1988	96,4	144,9	122,3	118,2	122,8	100,8	118,6	129,1	123,5
	– Realeinkommen[2]) (1980 = 100) –								
1988	97,7	128,7	100,2	100,5	99,5	95,3	105,3	103,6	101,9
	– Durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder –								
1988		2,8	2,8	2,4	2,8	2,2	2,1	1,6	1,6

1) Darunter ist zu verstehen die Summe sämtlicher zufließender Einkommen (also neben Arbeitseinkommen auch jenes aus Vermögen, Unternehmertätigkeit, Vermietung etc. einschließlich der sozialen Transferleistungen, wie etwa Wohngeld etc.) abzüglich der Steuern und Abgaben (Sozialbeiträge). – 2) Deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts mit höherem Einkommen (so bei Selbständigen), mit mittlerem Einkommen (so bei den Arbeitnehmerhaushalten) und mit dem Preisindex für die Lebenshaltung eines 2-Personen-Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushaltes (so bei Arbeitslosen-, Sozialhilfeempfänger-, Rentner- und Pensionärshaushalten).
Quelle: Statistisches Bundesamt. – Berechnungen des WSI.

DIW-Rahmendaten für 1988) müssen mit einem durchschnittlichen (arithmetischen) Einkommen von 2.178 DM zurechtkommen, sondern *insgesamt* rund 42 vH oder 11 Mill. von allen 26,2 Mill. Privathaushalten (genau: mit 2.127 DM) – bei allerdings einer breiteren zugrundeliegenden Einkommenstreuung.

Dieses letztere durchschnittlich verfügbare Einkommen von 2.127 DM der gleichen Gruppe von Haushalten wäre übrigens ohne die Umverteilungsleistung des Staates einschließlich der Sozialversicherung deutlich niedriger: Mehr als 60 vH des verfügbaren Einkommens aller Haushalte mit einem monatlichen Bruttoeinkommen bis unter 3.000 DM bzw. einem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen von 2.127 DM stammt aus Transferquellen. So eindrucksvoll diese soziale Umverteilungsleistung allerdings auf den ersten Blick scheint, so problematisch erweist auch diese sich bei näherem Hinsehen auf die Quellen dieser Leistung. Denn diese müssen ja nicht nur *innerhalb* der unteren Einkommen bzw. deren Steuern und Sozialabgaben gesucht werden, sondern vor allem in Kreisen der Einkommen *über* 3.000 DM brutto monatlich, wo generell der „Transfersaldo" negativ ist, weil mehr Steuern und Sozialabgaben abgeführt als monetäre soziale Leistungen empfangen werden. Die negativen Transfersalden sind allerdings bei den Arbeitnehmerhaushalten und speziell bei den Arbeiter- und Angestellten-Haushalten sowohl in der jeweiligen Einkommensschicht als auch für die gesamte soziale Gruppe deutlich höher als bei den Selbständigen-Haushalten innerhalb wie außerhalb der Landwirtschaft.

Mit anderen Worten: Die Umverteilungsleistung zugunsten unterer Einkommen wird überwiegend von den Arbeitnehmer-Haushalten erbracht. Oder noch anders: Die vom Transfersaldo angegebene effektive durchschnittliche Belastung des Einkommens mit Steuern und Abgaben ist bei den Selbständigen, und zwar bei vergleichbaren Bruttoeinkommen wie auch als gesamte Gruppe, deutlich niedriger. Und verantwortlich dafür ist nicht nur die Tatsache, daß Selbständige aufgrund ihres Status von der gesetzlichen Pflicht zu Sozialabgaben mit „eingebautem" Umverteilungseffekt befreit sind. Ursächlich ist *auch*, daß selbst innerhalb von Gruppen mit *gleichem* Bruttoeinkommensniveau „die Selbständigen-Haushalte eine eher geringere Steuerlast (bei den direkten Steuern) tragen als die Haushalte von Arbeitnehmern"[18]).

Auch die Entwicklung der Ersparnis der sozialen Haushaltsgruppen in den letzten Jahren kann als Indikator der Ersparnis*fähigkeit* nach Abzug aller Ausgaben für die Lebenshaltung von anderer Seite ein weiteres Licht auf zunehmende Ungleichgewichte in der

[18]) Vgl. *Bedau, K.-D.*, Das Einkommen . . ., a. a. O., S. 311. Bestätigt werden hiermit auch von anderer Seite und mit anderer Methode ermittelte Ergebnisse z. B. von *Roberts, Ch.*, Die effektive Progression bei der Besteuerung des persönlichen Einkommens im Lichte der Ergebnisse der 1978er Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: WSI-Mitteilungen 12/1984, S. 725 ff. – Vgl. auch ergänzend zur individuellen bzw. privaten Steuerbelastung *Scheibe-Lange, I., Tofaute, H.*, Steuerlast oder Steuerlust – Ein kritisch-empirischer Beitrag zur Höhe und Entwicklung der Steuerbelastung deutscher Unternehmen, WSI-Arbeitsmaterial 23, Düsseldorf 1990.

Tabelle 12

Schichtung der verfügbaren Haushalts-Einkommen[1]) von sozialen Gruppen
(nach Monats-Mittelwerten von einzelnen Einkommensklassen)

Haushalte von Landwirten Zahl in 1 000	Landwirten verfügb. Einkommen	sonst. Selbständigen Zahl in 1 000	sonst. Selbständigen verfügb. Einkommen	Beamten Zahl	Beamten verfügb. Einkommen	Angestellten Zahl	Angestellten verfügb. Einkommen	Arbeitern Zahl	Arbeitern verfügb. Einkommen	Arbeitslosen[2]) Zahl	Arbeitslosen[2]) verfügb. Einkommen	Rentnern[3]) Zahl	Rentnern[3]) verfügb. Einkommen	Pensionären Zahl	Pensionären verfügb. Einkommen
in vH	in DM	in vH	in DM	in vH	in DM	in vH	in DM	in vH	in DM	in vH	in DM	in vH	in DM	in vH	in DM
0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	14,9	818	4,1	919	0,4	938
1,2	1 646	0,0	0	0,6	1 650	1,6	1 650	6,9	1 650	37,0	1 505	29,3	1 526	2,7	1 650
16,5	2 564	0,0	0	12,4	2 639	17,9	2 589	38,7	2 548	24,2	2 500	30,9	2 477	24,7	2 552
22,1	3 543	0,1	3 917	28,0	3 537	35,2	3 521	31,8	3 440	18,7	3 464	26,1	3 454	30,4	3 497
20,9	4 505	1,4	4 648	21,1	4 486	17,3	4 480	8,8	4 470	3,9	4 378	5,8	4 419	19,4	4 462
18,5	5 455	2,8	5 601	16,0	5 457	11,5	5 457	6,1	5 446	1,3	5 758	2,6	5 441	13,1	5 409
12,1	6 417	5,0	6 564	9,9	6 432	7,4	6 437	3,9	6 420	0,0	0	0,8	6 509	6,3	6 382
4,7	7 406	8,8	7 557	5,7	7 405	4,6	7 416	2,1	7 395	0,0	0	0,2	7 349	2,3	7 357
2,4	8 385	11,1	8 512	3,5	8 379	2,6	8 399	1,0	8 387	0,0	0	0,1	8 313	0,7	8 556
1,5	9 350	11,4	9 494	1,9	9 366	1,1	9 379	0,5	9 362	0,0	0	0,0	0	0,0	0
0,3	11 333	23,4	12 310	0,9	11 542	0,5	12 145	0,2	11 306	0,0	0	0,0	0	0,0	0
0,0	0	18,0	17 034	0,0	0	0,1	16 450	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
0,0	0	10,7	21 750	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
0,0	0	7,2	28 930	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
100 340[4])	4 665	100 1 537[4])	13 618	100 1 622[4])	4 777	100 5 638[4])	4 365	100 5 708[4])	3 474	100 760[4])	2 178	100 9 660[4])	2 628	100 922[4])	3 943

1) Alle Einkommen (aus Arbeit, Unternehmertätigkeit, Vermögen, Wohnungsvermietung, Übertragungen von Staat und Privaten usw.) abzüglich direkte Steuern, Sozialbeiträge, sonstige Übertragungen an Staat und Private. – 2) Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. – 3) Einschl. sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben. – 4) Absolute Werte in 1 000.
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. – Berechnungen des WSI.

Einkommensverteilung werfen[19]): Während die Arbeitslosen-Haushalte schon seit vielen Jahren entsparen bzw. sich verschulden müssen (s. *Tabelle 13*), ist die Ersparnis der Haushalte von Rentnern, Pensionären und Arbeitnehmern von Anfang bis Mitte der achtziger Jahre stagnierend bzw. leicht rückläufig und erreicht bzw. überschreitet erst in letzter Zeit wieder das Ausgangsniveau. Dagegen nimmt die Ersparnis der Selbständigen-Haushalte, von einer kurzen konjunkturbedingten Ausnahme 1983 abgesehen, kontinuierlich zu und hat sich seit 1975 mehr als verdoppelt. Vor allem aber beträgt die Selbständigen-Ersparnis schon lange und aktuell erst recht ein *Vielfaches* der Ersparnis anderer Gruppen und überschreitet damit schon das durchschnittlich verfügbare Einkommen einiger Haushaltsgruppen. Es wirkt deshalb fast komisch, zumindest die

Tabelle 13

Ersparnis von sozialen Gruppen
(im Monatsdurchschnitt)

Jahr	Selbständigenhaushalte[1]) DM	Selbständigenhaushalte[1]) vH[2])	Arbeitnehmerhaushalte DM	Arbeitnehmerhaushalte vH[2])	Arbeitslosenhaushalte DM	Arbeitslosenhaushalte vH[2])	Rentner- u. Pensionärshaushalte DM	Rentner- u. Pensionärshaushalte vH[2])
1975	1 371	26,3	312	12,6	54	3,6	169	10,5
1980	1 830	24,6	335	10,0	14	0,8	149	7,0
1981	2 136	26,2	372	10,6	26	1,5	161	7,2
1982	2 192	26,1	333	9,4	– 13[3])	– 0,7[3])	159	6,9
1983	1 986	22,9	293	8,0	– 59	– 3,2	122	5,3
1984	2 453	25,6	298	7,9	– 71	– 3,9	121	5,2
1985	2 489	24,9	310	8,0	– 74	– 3,9	124	5,2
1986	2 619	25,7	369	9,2	– 67	– 3,4	140	5,7
1987	2 787	26,0	389	9,4	– 63	– 3,1	145	5,7
1988	2 972	26,8	416	9,7	– 63	– 3,0	153	5,8

1) Einschließlich Haushalte in der Landwirtschaft. – 2) In vH des verfügbaren Einkommens. – 3) Negatives Vorzeichen bedeutet Entsparen bzw. Verschuldung.
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 28/1989.

fällige Verteilungsdebatte tabuisierend, wenn von politischer und selbst von wissenschaftlicher Seite angesichts hoher Einkommen und Ersparnisfähigkeit der Selbständigen-Haushalte immer wieder betont wird, daß sie daraus im Gegensatz zu den Arbeitnehmern auch ihre Altersvorsorge bestreiten müssen. Sie tun das, ja – aber mit leichter Hand, zumal in ihrer Ersparnis die nicht-entnommenen bzw. einbehaltenen Gewinne ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit *nicht* enthalten sind.

4. Einkommens„arme" Personen und Haushalte

Die *DIW*-Einkommensschichtung ist prinzipiell verfeinerbar – und *DIW*-intern teilweise bereits realisiert –, um neben der Zuordnung von Haushaltsgruppen zur Einkommenshöhe auch noch die jeweilige Haushaltsgröße und darin die verdienenden Personen, das Personenalter, das Geschlecht, empfangene und geleistete Übertragungen im Detail usw. sowie ihren Einfluß auf das Haushaltseinkommen aufzuzeigen. Dasselbe gilt für die mögliche – und auch wünschenswerte – Schichtung der Einkommensdaten des *Statistischen Bundesamtes*. Doch bei aller möglichen Verfeinerung ist zu bedenken, daß solche Schichtungen aus methodischen Gründen trotz empirischer Basis bis zu einem gewissen Grad auch den Charakter von *Modell*rechnungen behalten werden – was von DIW und Bundesamt selbst betont wird[20]). Deshalb werden auch in Zukunft für die

[19]) Vgl. *Müller-Krummholz, K.*, Einkommen und Ersparnis der Privathaushalte im Jahre 1988, in: Wochenbericht des DIW 28/1989, S. 313 ff.

[20]) Vgl. *Bedau, K.-D.*, Das Einkommen . . ., a. a. O., S. 304, sowie *Schüler, K.* und Mitarbeiter, Verfügbares . . ., a. a. O., S. 186.

eingehende Analyse besonderer Einkommens- und Haushaltsgruppen jeweils spezifische Untersuchungen auf möglichst primärstatistischer Basis notwendig sein.

Die zwei Gruppen, denen angesichts der offenkundigen Ungleichverteilung besondere Aufmerksamkeit gelten muß, sind die oberen und unteren Einkommensgruppen oder die „einkommensreichen" und „einkommensarmen" Haushalte. Erstere werden zwar politisch „gepflegt", z. B. durch Steuerentlastungen, aber analytisch eher vernachlässigt, teilweise auch weil die administrativ zur Verfügung gestellte statistische Basis wie auch die Auskunftsbereitschaft dieser Haushalte bei Befragungen wie etwa der Einkommen- und Verbrauchsstichprobe unzureichend ist. Letztere erzeugen dagegen zumindest im wissenschaftlichen, gewerkschaftlichen und wohlfahrtsverbandlichen Bereich unter dem Stichwort „neue und alte Armut" immer mehr Interesse; aber politisch wird „Armut" insbesondere als Massenerscheinung der achtziger Jahre eher verleugnet oder verniedlicht, was die Vernachlässigung einer entsprechenden administrativen systematischen Berichterstattung einschließt. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn erstmals 1989 der *Paritätische Wohlfahrtsverband* den Versuch einer eigenen „Armutsberichterstattung" vorgelegt hat und diesen in Zukunft alle zwei Jahre wiederholen will[21]) – auch wenn die Definition von Armutsschwellen schwierig bleibt und Armut qualitativ auch nicht auf Einkommensarmut beschränkt werden darf, sondern alle Lebenschancen und deren Verteilung bzw. Zugänglichkeit einschließen muß[22]).

Zu den unterschiedlichsten Facetten von Armut und ihrer Entwicklung in den letzten Jahren kann auf den Armutsbericht des *Paritätischen Wohlfahrtsverbandes* verwiesen werden. Der folgende Abschnitt in diesem Beitrag beschränkt sich daher wie die WSI-Verteilungsberichte der Vorjahre auf die aus dem Erwerbsleben ausgegrenzten, auf Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe angewiesenen Personen. (Auf die Lage der einkommensarmen Rentner ist hier schon früher hingewiesen worden[23]).

4.1 Arbeitslosengeld und -hilfe

Von den 1989 rund 2,04 Mill. registrierten Arbeitslosen[24]) bezogen etwas mehr als zwei Drittel Arbeitslosenunterstützung (vgl. *Tabelle 14*)[25]). Rund 44 vH der registrierten Arbeitslosen erhielten Arbeitslosengeld in Höhe von 1.059 DM im Monatsdurchschnitt; knapp ein Viertel bezog Arbeitslosenhilfe in Höhe von 845 DM im Monatsdurchschnitt (vgl. *Tabelle 15*). Diese Durchschnitte verdecken allerdings je nach Familienstand und je nach Kinderzahl abweichende empfangene Unterstützungszahlungen im einzelnen. Vor allem spiegeln sich auch hier die schlechteren Chancen von Frauen am Arbeitsmarkt und die davon abhängigen geringeren Einkommen wider: So z. B. erhalten

Tabelle 14

Anteil der Leistungsempfänger an der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen

Jahr	Registrierte Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)	Leistungsempfänger		
		Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe	Gesamt
	Tsd.	Anteil in vH		
1980	889	51,1	13,7	64,8
1981	1 272	54,5	13,3	68,1
1982	1 833	50,5	15,9	66,4
1983	2 258	44,9	21,5	66,4
1984	2 266	37,9	26,4	64,3
1985	2 304	36,3	26,8	63,1
1986	2 228	35,9	27,0	62,9
1987	2 229	37,4	25,9	63,3
1988	2 242	42,1	23,6	65,7
1989	2 038	43,6	24,4	67,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – Berechnungen des WSI.

Tabelle 15

Arbeitslosengeld und -hilfe[1])
– Monatsdurchschnitt in DM –

Jahr	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
1980	886	577
1981	948	767
1982	975	793
1983	959	801
1984	937	800
1985	951	801
1986	980	816
1987	1 023	833
1988	1 055	842
1989	1 059	845

1) Empfangene Leistung nach Abzug von Beiträgen zur Renten- und Krankenversicherung.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

rund 52 vH aller Arbeitslosen*geld* beziehenden Frauen *mit* Kind einen monatlichen Unterstützungsbetrag von unter 800 DM (bei Männern noch nicht einmal 3 vH) und sogar rund 63 vH aller Arbeitslosen*hilfe* beziehenden Frauen *mit* Kind einen Betrag von unter 800 DM monatlich (bei Männern mit Kind nur 18,3 vH). Im Durchschnitt erhielten 1989 arbeitslose Männer mit

[21]) Vgl. die zahlreichen Einzelbeiträge zur Armut von Arbeitslosen, Ausländern, Flüchtlingen, psychisch Kranken, Behinderten, Obdachlosen und Nichtseßhaften, Alten, Kinderreichen, Ein-Eltern-Familien, Frauen usw. in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 11–12/1989, darin auch den zusammenfassenden Beitrag von *Schneider, U.*, Armut in der Bundesrepublik Deutschland – Vom politischen Umgang mit Armut und der Notwendigkeit einer Armutsberichterstattung.

[22]) Vgl. zur Armutsdiskussion und zur langfristigen Entwicklung von Armut in der Bundesrepublik auch *Iben, G.*, Zur Definition von Armut – Bestimmungsgrößen von Armut – „Kultur der Armut", ebenda, sowie *Hauser, R.* und *Semrau, P.*, Trends in Poverty and Low Income in the Federal Republic of Germany, Arbeitspapier Nr. 306 des Sonderforschungsbereichs 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Frankfurt und Mannheim 1989.

[23]) Vgl. *Bäcker, G., Steffen, J.*, Alterssicherung in der Zukunft, Hamburg 1988, S. 74 ff.

[24]) Es ist zu vermuten, daß auch die nicht-registrierten Arbeitslosen in der beschönigend so genannten Stillen Reserve (1989 rund 1,3 Mill. Personen) zumindest zum Teil erhebliche Einkommensprobleme haben; doch über diesen Personenkreis, der sich teilweise mit den oben erwähnten Nicht-Normalarbeitsverhältnissen deckt, liegen ebenfalls zu wenig Informationen vor.

[25]) Zu diesen und weiteren Angaben über den Leistungsumfang bei Arbeitslosigkeit vgl. *Bundesanstalt für Arbeit*, Arbeitslose und Geldleistungen 1989, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) 5/1990, S. 754 ff. und ebenda 4/1990, S. 565 ff. – sowie *dieselbe*, Jahreszahlen 1989, Nürnberg 1990, S. 241 ff.

Kindern (ohne Kinder) einen monatlichen Unterstützungsbetrag von 1.006 DM (872 DM), arbeitslose Frauen mit Kindern (ohne Kinder) einen Betrag von 712 DM (699 DM). Bei den Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen insgesamt fallen die genannten Quoten und Beträge jeweils noch schlechter aus.

Weitergehende Strukturdaten über die materielle Lage der einzelnen Arbeitslosen sowie über die Betroffenheit von Haushalten durch Arbeitslosigkeit einzelner Haushaltsmitglieder kann über die Datenangaben der Arbeitsverwaltung bzw. der *Bundesanstalt für Arbeit* in Nürnberg hinaus nur der *Mikrozensus* des *Statistischen Bundesamtes* liefern. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich die von der Arbeitsverwaltung erfaßte und registrierte Arbeitslosigkeit von der im Mikrozensus erfragten „Erwerbslosigkeit" konzeptionell unterscheidet, was allerdings quantitativ nicht so stark ins Gewicht fällt (im April 1988 z. B. wurden gleichzeitig 2,262 Mill. Arbeitslose und 2,314 Mill. Erwerbslose gezählt). Der Mikrozensus 1988 erbrachte u. a. folgende Ergebnisse[26]):

Fast zwei Drittel (63,9 vH) der erwerbslosen Männer und rund 44 vH der erwerbslosen Frauen lebten im April 1988 *überwiegend* von Arbeitslosengeld/-hilfe. Insgesamt waren dies 1,242 Mill. oder 53,7 vH der 2,3 Mill. Erwerbslosen. Zwar bezogen weitere 104.000 Erwerbslose oder 4,5 vH auch Arbeitslosengeld oder -hilfe, lebten aber *überwiegend* von anderen Einkommensquellen; sie verteilten sich auf die 16,9 vH aller Erwerbslosen, die überwiegend von Rente, Sozialleistungen und ähnlichem lebten (darunter Männer: 19,7 vH; Frauen 14,1 vH), oder auf die 29,5 vH aller Erwerbslosen, die von Angehörigen unterhalten wurden (bei Männern: 16,3 vH, bei Frauen: 42,3 vH). In allen drei Gruppen fanden sich übrigens auch Sozialhilfeempfänger; insgesamt bezogen 1988 12,1 vH aller Erwerbslosen (Männer 13,7 vH; Frauen 10,1 vH) Sozialhilfe (Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt). Weitere Differenzierungen der Einkommenslage der Erwerbslosen ergaben sich neben dem Geschlecht aus dem Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden) und dem Alter.

Auch über die Verteilung unterschiedlicher Gesamteinkommens*niveaus* auf Erwerbslosen*haushalte* erlaubt der *Mikrozensus* Aussagen. Denn erst die familiäre Gesamtsituation kann anzeigen, wie sehr die Haushalts- wie die persönliche Einkommenslage durch Erwerbslosigkeit betroffen ist (vgl. *Tabelle* 16). Besonders stark wirkt sich finanziell die Erwerbslosigkeit auf die alleinstehenden Erwerbslosen aus. Von ihren Einpersonenhaushalten („Alleinlebende") hatte im April 1988 fast die Hälfte (47,1 vH) – Männer ebenso wie Frauen – nur ein Monatseinkommen unter 800 DM. Eine davon sehr unterschiedliche Einkommenslage haben hingegen die Erwerbslosen in Mehrpersonenhaushalten, allerdings abhängig davon, ob der betreffende Erwerbslose zugleich Bezugsperson oder ein sonstiges Haus-

[26]) Vgl. ausführlich *Meyer, H.-L.*, Entwicklung und Struktur der Erwerbslosigkeit – Ergebnisse des Mikrozensus und der EG-Arbeitskräftestichprobe, in: Wirtschaft und Statistik 1/1990, S. 16 ff.

Tabelle 16

Erwerbslose in Privathaushalten nach Haushaltstypen und Haushaltsnettoeinkommen[1])
(Ergebnis des Mikrozensus April 1988)

Haushaltstyp	Insgesamt	Mit Angabe des Einkommens		Davon mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM[4])						ohne Angabe[2]) des Einkommens	
				unter 800	800 – 1 200	1 200 – 1 600	1 600 – 2 000	2 000 – 2 500	2 500 und mehr		
	in 1 000	in 1 000	vH[3])	vH	vH	vH	vH	vH	vH	in 1 000	vH[3])
Haushalte, in denen nur ein Ehepaar mit/ohne Kinder(n) lebt[5])											
Ehemannn und Ehefrau erwerbslos	136	114	84,3	8,9	21,8	24,1	20,5	13,6	11,1	21	15,7
Ehemann erwerbslos, Ehefrau erwerbstätig	147	133	90,3	–	4,2	14,0	16,1	23,3	42,0	14	9,7
Ehemann erwerbslos, Ehefrau Nichterwerbsperson	235	214	91,2	4,1	22,2	22,3	18,0	15,0	18,5	21	8,8
Zusammen	517	461	89,1	4,3	16,9	20,3	18,1	17,0	23,4	56	10,9
Ehemann erwerbstätig, Ehefrau erwerbslos	466	424	90,9	–	–	2,9	9,9	26,6	59,7	42	9,1
Ehemann Nichterwerbsperson, Ehefrau erwerbslos	61	54	89,1	–	–	10,9	18,0	28,5	34,4	7	10,9
Zusammen	526	478	90,7	–	1,4	3,8	10,8	26,8	56,9	49	9,3
Kind erwerbslos, kein Elternteil erwerbslos	233	197	84,4	–	–	2,9	6,1	16,4	73,6	36	15,6
Haushalte (Ehepaare) zusammen	1 277	1 135	88,9	1,9	7,6	10,4	12,9	21,0	46,2	141	11,1
Sonstige Haushalte											
Bezugsperson erwerbslos	759	683	89,9	35,6	33,0	12,1	7,2	5,2	6,9	76	10,1
darunter:											
alleinerziehende Mütter	144	128	89,0	20,9	30,9	20,0	10,9	8,3	9,0	16	11,0
Alleinlebende	480	437	91,0	47,1	38,1	8,6	3,8	1,6	–	43	9,0
Bezugsperson nicht erwerbslos, jedoch andere Person (Kind) im Haushalt erwerbslos	248	210	84,5	3,2	6,8	11,1	14,3	21,0	43,6	38	15,5
Zusammen	1 007	892	88,6	28,0	26,9	11,9	8,8	8,9	15,5	115	11,4
insgesamt[6])	2 283	2 027	88,8	13,4	16,1	11,0	11,1	15,7	32,7	256	11,2

1) Das Haushaltseinkommen wird aus dem Individualeinkommen der betreffenden Haushaltmitglieder ermittelt. – 2) Einschl. Haushalte von bzw. mit Selbständigen bzw. mithelfenden Familienangehörigen. – 3) Anteil an Spalte 1. – 4) Anteil an Spalte 2. – 5) Nur Ehepaare in Einfamilienhaushalten. – 6) Ohne Erwerbslose in Gemeinschaftsunterkünften.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

haltsmitglied ist. So mußten zum Beispiel Ehepaare mit oder ohne Kind(er), bei denen der *Mann* erwerbslos war, in 21,2 vH (1987: 25,2 vH) aller Fälle mit einem Monatseinkommen von unter 1 200 DM, in knapp der Hälfte der Fälle mit weniger als 1 600 DM auskommen. War hingegen nur die Ehe*frau* in diesen Haushalten erwerbslos, so stand nur gut 1 bzw. 5 vH der Haushalte ein ebenso geringes Einkommen zur Verfügung. Fast 60 vH der 466 000 Haushalte mit einer erwerbslosen Ehefrau (und Erwerbstätigkeit des Mannes) hatten hingegen ein Haushaltsnettoeinkommen von über 2 500 DM. Eine Ausnahme liegt in den rund 136 000 Fällen (68 000 Haushalte) von Erwerbslosigkeit vor, in denen Ehemann *und* Ehefrau zur gleichen Zeit erwerbslos waren: 31 vH dieser Haushalte hatten lediglich ein Haushaltseinkommen von unter 1 200 DM. Das durchschnittliche Einkommen aller Erwerbslosenhaushalte lag übrigens 1988 laut Mikrozensus mit 2 114 DM fast genau in der Höhe, die *Statistisches Bundesamt* (2 118 DM) und *DIW* (2 178 DM) im Rahmen ihrer Einkommensrechnungen für alle sozialen Gruppen (s. o. *Abschnitt 3*) angegeben.

Gelegentliche Sonderuntersuchungen von verschiedenen Seiten erlauben eine noch differenziertere Betrachtung der finanziellen Lage von Arbeitslosen- bzw. Erwerbslosenhaushalten, z. B. auch zur Entwicklung des Einkommens in Abhängigkeit von der Dauer der Arbeitslosigkeit oder wiederholter Arbeitslosigkeit. Eine repräsentative Befragung von Arbeitslosen durch *Infratest* im Auftrag des *Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung* im Jahre 1988/89 aktualisiert eine ähnliche Befragung durch das *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)* für den Zeitraum 1981 bis 1983 (und ergänzt bzw. bestätigt auch in mehrfacher Hinsicht die oben referierten Ergebnisse des Mikrozensus von 1988)[27]). Wie die *IAB*-Untersuchung geht auch *Infratest* auf finanzielle Schwierigkeiten durch Arbeitslosigkeit ein, die sich im bloßen Einkommensniveau von Arbeitslosenhaushalten nicht widerspiegeln, vor allem wenn durch Verschuldung und die damit verbundene Belastung ein mehr oder weniger großer Teil des laufenden Einkommens aufgezehrt wird.

Übersicht 1

Finanzielle Folgen der Arbeitslosigkeit – Befragungsergebnisse 1989

Antwortvorgaben („Haben Sie/Sind Sie wegen Arbeitslosigkeit...?")	Bejahende Antworten der Arbeitslosen insgesamt	Bejahende Antworten der Arbeitslosen nach subjektiver Bewertung ihrer finanziellen Probleme		
		„kaum/keine"	„in Grenzen"	„sehr groß"
Persönliche Ausgaben eingeschränkt	74	46	77	83
Vorgesehene Anschaffungen zurückgestellt	47	17	47	61
Ersparnisse ganz oder teilweise verbraucht	37	15	37	46
Schulden gemacht, Kredite aufgenommen	17	1	10	33
Mit Ratenzahlungen nicht mehr zurechtgekommen	15	2	8	30
Mit Versicherungszahlungen nicht mehr zurechtgekommen	12	2	6	24
Sparverträge nicht mehr bezahlen können	10	3	9	15
Mit der Miete in Verzug gekommen	9	–	5	18
Sonstige finanzielle Folgen	18	3	12	32
Nichts davon	10	40	7	1

Quelle: Infratest 1990.

Nach den *Infratest*-Ergebnissen sind ohnehin bei Arbeitslosen für das entgehende Arbeits- oder Erwerbseinkommen die Kompensationsmöglichkeiten durch andere Einkommen als staatliche Transfers sehr gering: Nur 3 vH der Arbeitslosenhaushalte haben Einkünfte aus Haus- oder Grundbesitz oder sonstigem Vermögen. Umso eher werden durch Arbeitslosigkeit eventuelle Ersparnisse angegriffen und verbraucht oder sogar vorhandene Schulden aufgestockt. *Übersicht 1* vermittelt einen Eindruck der Folgen von Arbeitslosigkeit auf Ausgabespielräume und Lebenslage von Arbeitslosen. Selbst bei den Befragten, die ihre finanziellen Probleme als „kaum oder keine" oder „in Grenzen" einstufen, werden sehr oft die persönlichen Ausgaben eingeschränkt, was die häufigste und zugleich noch mildeste Folge von Arbeitslosigkeit ist. Die härteren Auswirkungen der Arbeitslosigkeit konzentrieren sich allerdings auf die Gruppe derer, die nach eigener Einschätzung „sehr große" finanzielle Schwierigkeiten haben. Das sind nach Infratest Anfang 1989 immerhin 36 vH aller Arbeitslosen gewesen (bei den Männern 46 vH bei den Frauen 30 vH); dagegen haben 45 vH ihre Schwierigkeiten als „in Grenzen" und 19 vH „kaum/keine" Schwierigkeiten gesehen.

4.2 Sozialhilfe

Im Jahr 1988 (für das die aktuellsten Daten vorliegen) stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger gegenüber dem Vorjahr um 6,8 vH und damit sehr kräftig an (1987: 3,2 vH); absolut haben 3,35 Mill. Personen Leistungen der Sozialhilfe empfangen[28]). Als Empfänger von „Hilfe in besonderen Lebenslagen", die Altenpflege, Krankenhilfe und ähnliches anzeigt, wurden

[27]) Vgl. *Infratest*, Arbeitsvermittlung zwischen Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel – Eine Untersuchung der Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (Abschlußbericht zum Forschungsprojekt „Arbeitssuche, berufliche Mobilität und soziale Lage Arbeitsloser"), München 1990, insbesondere S. 158 ff., sowie die Materialbände 7: „Soziale Lage Arbeitsloser" sowie 6 (Kapitel 1.6): Sozialhilfebezug von Arbeitslosen. Vgl. auch die frühere Untersuchung und ihre Ergebnisse bei *Brinkmann, Ch.*, Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit – Ergebnisse einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1984, S. 454 ff. Zur selben Problematik erscheint demnächst: *Reifner, U.* und andere, Arbeitslosigkeit und Verbraucherverschuldung, Hamburg 1990.

[28]) Vgl. zu den folgenden Angaben *Deininger, D.*, Sozialhilfeempfänger 1988, in: Wirtschaft und Statistik 6/1990, S. 421 ff.

Tabelle 17

Sozialhilfebezug

Jahr	Zahl der Sozialhilfeempfänger (Einzelpersonen)	davon: Empfänger von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen)	davon: Arbeitsplatzverlust als Hauptursache des Sozialhilfebezugs	Empfänger von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt mit angerechneten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung[1])	Regelsatz (Bundesdurchschnitt)
	Tsd.	Tsd.	vH	vH	DM
1980	2 144	1 322	9,8	9,2	309
1982	2 320	1 560	16,4	12,5	338
1983	2 437	1 726	19,3	14,3	345
1984	2 570	1 838	22,6	16,7	356
1985	2 808	2 059	25,0	17,8	384
1986	3 020	2 239	32,6	18,1	393
1987	3 136	2 332	32,7	19,5	403
1988	3 349	2 509	32,7	14,8	412

1)Bezugsbasis sind hier die Haushalte mit angerechnetem Einkommen inner- und außerhalb von Einrichtungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik.

1,348 Mill. Personen gezählt. 2,509 Mill. Personen oder 7,6 vH mehr als im Vorjahr erhielten *laufende Hilfe zum Lebensunterhalt* (vgl. Tabelle 17). Bei ihnen war in 32,7 vH aller Fälle genauso wie 1987 Arbeitslosigkeit der Grund (und verglichen mit anderen Gründen: der Hauptgrund) für den Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Kategorie der Sozialhilfe macht zugleich deutlich, daß bei ihren Empfängern andere Einkommen in nennenswerter Höhe nicht vorhanden sind. Sie müssen deshalb im wesentlichen mit dem Sozialhilfe-„Regelsatz" für Alleinstehende bzw. Haushaltsbezugspersonen sowie zusätzlich mit bestimmten Zuschüssen auskommen. Der Regelsatz beträgt seit 1. Juli 1988 in sechs Bundesländern bzw. seit dem 1. September 1988 auch in den restlichen Bundesländern durchschnittlich 412 DM monatlich für den Haushaltsvorstand und zwischen 185 und 371 DM für weitere Haushaltsangehörige. Sogenannte Mehrbedarfszuschläge, die prozentual an den Regelsatz gebunden sind, werden bestimmten Personengruppen gewährt, z. B. über 60jährigen, Erwerbsunfähigen, werdenden Müttern, alleinerziehenden Müttern mit mehreren Kindern sowie Blinden und sonstigen Behinderten. Zusätzlich zu den Regelsätzen werden Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt die Kosten ihrer Wohnung oder sonstigen Unterkunft (ohne Energiekosten) ersetzt.

Auch bei der Sozialhilfe ist wie bei Arbeitslosenunterstützung bei den Empfängern zwischen Einzelpersonen und Haushalten zu unterscheiden. In jeder Betrachtungsweise aber hat der Empfang von Sozialhilfe seit 1980 teilweise erheblich zugenommen: Bei den *einzelnen* Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt hat sich die Zahl der unter 50jährigen bis 1988 weit mehr als verdoppelt, bei den Personen zwischen 50 und 65 Jahren fast verdoppelt. Nur unter den älteren Menschen ab 65 Jahren ist der Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in diesem Zeitraum um etwa 20 vH gesunken. Aber selbst dies darf nicht als „Erfolg" der Politik verstanden werden, weil die absolute Zahl der Sozialhilfe empfangenden älteren Menschen immer noch viel zu groß ist (1988 rund 140 000 über 65jährige) und zugleich Beleg für die Unzulänglichkeiten des Rentensystems. Die Zahl der Empfänger*haushalte* ist seit 1980 um 78 vH gestiegen und beträgt Ende 1988 922 000. Darunter ist die Zahl der Ehepaare mit Kindern Ende 1988 sogar 3 1/2 mal so groß wie 1980.

Über die *Dauer* des Sozialhilfebezugs von einzelnen Empfängern und Haushalten liegen leider weder systematische bzw. regelmäßige noch aktuelle Informationen vor. Doch schon 1981, also zu einem Zeitpunkt z. B. geringerer Langzeitarbeitslosigkeit als heute, bezogen nach einer Sonderuntersuchung des *Statistischen Bundesamtes* über die Hälfte der Sozialhilfeempfänger die Unterstützung länger als drei Jahre und mehr als 28 vH sogar sieben Jahre und länger[29]).

Schließlich ist zu bedenken, daß es eine hohe Dunkelziffer von eigentlich Anspruchsberechtigten bei Sozialhilfe gibt, die – aus welchen Gründen auch immer – keine Hilfe beanspruchen; die Schätzzahlen für diesen Personenkreis betragen bis zu 50 vH der statistisch erfaßten Sozialhilfeempfänger. Das heißt, die Einkommensarmen in der Bundesrepublik machen, gemessen am (potentiellen) Sozialhilfebezug, zahlenmäßig weit mehr aus als die 1989 erfaßten 3,35 Mill. Sozialhilfeempfänger, die immerhin rund 5 vH der Bevölkerung stellen. Doch anstatt diese Dunkelziffer zu vermindern (z. B. durch Informationen über entsprechende Ansprüche), versuchen die Kommunen als Träger der Sozialhilfe eher, durch 1990 in Kraft tretende Änderungen bei den Regelsätzen möglichst ihre Haushaltsbelastung zu dämpfen[30]).

5. Einkommens- und Verteilungspolitik als Herausforderung der neunziger Jahre

Die hier vorgelegten und weitere Daten können belegen, daß die Einkommensunterschiede in der Bundesrepublik in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben. (Eine spürbare Verminderung von Ungleichheiten auf einzelnen Ebenen kann dagegen kaum festgestellt werden). Daß darunter auch Einkommensarmut zugenommen hat, ist offensichtlich, auch deshalb, weil Armut nicht nur als absolute Armutsgrenze, son-

[29]) Vgl. *Derselbe*, Sozialleistungen – laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (Ergebnis einer Zusatzstatistik zur Statistik der Sozialhilfe im September 1981), in: Wirtschaft und Statistik 3/1983, S. 254 ff.

[30]) Vgl. zu den von den Ministerpräsidenten der Länder beschlossenen neuen Bemessungsgrundlagen und ihren Folgen ausführlich *Scherer, W., Stock, L.*, Still und leise soll den Armen in die Tasche gegriffen werden, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentationsseiten) vom 22. 3. 1990.

dern auch als Benachteiligung oder Hinterherhinken im gesellschaftlichen Prozeß der Verteilung von Wohlstand verstanden werden muß. Und es ist zweifellos eine massive Benachteiligung, wenn die privaten Haushalte mit Ausnahme der Selbständigen trotz des enormen globalen Wirtschafts- und Einkommenswachstums der achtziger Jahre ihren realen Einkommensstatus völlig unabhängig von Arbeitslosigkeit *nicht* verbessern konnten (*s. Tabelle 12*). Ohnehin ist ein zu enger Armutsbegriff geeignet, von wichtigen bzw. immer wichtigeren Armuts- bzw. Ungleichheitsaspekten abzulenken.

Als solcher „neuer" Faktor ist hier die wachsende Gruppe von Personen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses angesprochen worden, die sowohl schlechteren Zugang zu Erwerbseinkommen haben als auch häufig niedrigere Einkommensniveaus hinnehmen müssen. Da unter ihnen überdurchschnittlich viele Frauen sind, wird durch diesen Faktor das „alte" Problem ungleicher Einkommens(chancen)verteilung zwischen den Geschlechtern zu Lasten der Frauen zusätzlich verstärkt.

Es wird aber auch die Einkommenshöhe selbst – zumindest bei unteren und teilweise sogar mittleren, scheinbar „ausreichenden" Einkommen – ein immer weniger aussagefähiger Wohlstandsindikator, weil er durch Probleme auf der Einkommens*verwendungs*seite „ausgehöhlt" wird: Teilweise ist dies hier erwähnt worden im Zusammenhang mit den finanziellen Folgen bzw. Lebensstandardeinschränkungen durch Arbeitslosigkeit, insbesondere durch bereits vorhandene und wegen Arbeitslosigkeit u. U. sogar noch gesteigerte Verschuldung. Gerade die Verschuldungs- und teilweise auch *Über*schuldungsproblematik ist aber nicht auf Arbeitslose und deren Haushalte beschränkt, wenngleich dort sicher am gravierendsten. Wesentlich breiter allerdings ist der Betroffenenkreis, der hohe und weiter steigende *Mietbelastungen* einschließlich Nebenkosten in Kauf nehmen muß. Dessen frei verfügbares Einkommen kann dadurch vor allem in Ballungsgebieten erheblich (bis zu einem Drittel und mehr) beschnitten werden, wodurch auch dessen Chancen zum Zugang privater wie auch öffentlicher Güter noch weiter vermindert sind. Die Tendenz zu „unzumutbaren" Mietbelastungen betrifft immer mehr Personen und Haushalte[31]).

Diese und andere Ungleichheiten der Zugangschancen zu Einkommen, Entstehung von Einkommen durch Markt und staatliche Umverteilung sowie Relativierung der Einkommenshöhe durch quasi „Verwendungszwänge" haben offenbar schon eine, die Ungleichheit verschärfende Eigendynamik. Doch es muß befürchtet werden, daß sie durch andere Faktoren zusätzlich verstärkt wird: Im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten z. B. wird nicht nur auf absehbare Zeit ein erhebliches Einkommensgefälle zwischen westdeutschen und ostdeutschen Regionen entstehen; es werden dadurch auch die Gewinnchancen der in der Bundesrepublik etablierten Unternehmen zusätzlich steigen, während umgekehrt durch gefällebedingten Zuzug in die westlichen Regionen aus DDR- wie „Ostblock"-Gebieten der Personenkreis in Arbeitslosigkeit, in Nicht-Normalarbeitsverhältnissen, in zu teuren Wohnungen usw. zunimmt. Und wenn die Politik weiter glaubt, solche Probleme durch neuerliche Anreize für vermeintliche „Leistungs-, Wachstums- und Beschäftigungsträger" zu lösen, dann wird sie durch weitere „Steuerentlastungen" zugunsten der oberen Einkommen die Disparitäten verschärfen. Aber auch ohne eine solche falsch verstandene Umverteilungspolitik besteht angesichts des schon vorhandenen Ausmaßes an Ungleichgewichten die Gefahr, daß die Gesellschaft gegen Ende des „sozialen" 20. Jahrhunderts auch in den Industriestaaten eine neue soziale Frage erlebt, für die die Bundesrepublik nur ein Fallbeispiel ist.

Wenn der *Paritätische Wohlfahrtsverband* (rhetorisch) die „letztlich entscheidende menschliche und politische Frage" stellt: „Was wollen und können wir als Sozialstaat und Wohlstandsgesellschaft an Ungleichheiten hinnehmen?"[32]) so lautet also auch hier die Antwort: Die vorhandene Ungleichheit *nicht*. Ihre Korrektur ist nötig und möglich. Und für die instrumentellen Korrekturmöglichkeiten braucht man prinzipiell auch nicht eine verfeinerte Einkommensverteilungs- oder auch Armutsberichterstattung abzuwarten. Für die verschiedenen Verteilungsbereiche liegen mehr oder weniger ausformulierte Korrekturrezepte vor, z. B.:

- die grundsätzliche Reform der sozialen Sicherungssysteme zur Verhinderung von Einkommensarmut bei Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter, – in deren Mittelpunkt der Ersatz der Sozialhilfe durch eine bedarfsorientierte Mindestsicherung und einen wirklich existenzsichernden Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer steht.
- die Schaffung von mehr Chancengleichheit beim Zugang zu Erwerbseinkommen – durch weitere Arbeitszeitverkürzung und andere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern, durch bessere Qualifizierung, durch Abschaffung versteckter Einkommensdiskriminierung, durch Streichung der Möglichkeiten befristeter Einstellung im AFG usw.
- mehr Gerechtigkeit und Solidarität *vor* und *nach* der Umverteilung, z. B. durch mehr Sockelpolitik in der Tarifpolitik, z. B. durch eine echte Steuerreform (die den ehebezogenen Steuervorteil beim „Splitting" umverteilt zugunsten der Kindererziehung, die die Zinseinnahmen aus Vermögen wirklich erfaßt, die das „Gestaltungsprivileg" der Unternehmer und Selbständigen bei der Selbstdeklaration von Einkommen bzw. Gewinnen und entsprechender Steuerschuld wirksamer kontrolliert usw.)
- mehr und billigere Mietwohnungen.

[31]) Vgl. dazu z. B. *Wiegand, E.*, Steigende Belastung des Einkommens der privaten Haushalte durch Wohnungsausgaben, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren 2/1989, S. 10 ff.

[32]) Vgl. die „Stellungnahme des *Vorstandes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*: . . . wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land . . .", in: Blätter der Wohlfahrtspflege, a. a. O., S. 342 f.

Wider die Lohndiskriminierung von Frauen

– Konfliktlinien und Perspektiven in der Metallindustrie –

Von Michel Judisch, Hartmut Meine, Helga Schwitzer, Sybille Stamm*)

Lohndiskriminierung ist eine der vielfältigen Erscheinungsformen der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben. Gewerkschaftliche Aktionen gegen die Lohndiskriminierung haben Ende der achtziger Jahre einen neuen Aufschwung genommen und konzentrieren sich auf Industriearbeiterinnen in den unteren Lohngruppen, die noch immer den größten Anteil der in der Metallindustrie beschäftigten Frauen ausmachen[1]). Diese breit angelegten Aktionen bieten Chancen, weitergehende tarifpolitische und frauenpolitische Ziele der Gewerkschaften zu verdeutlichen und in der Mitgliedschaft zu verankern.

Gliederung

1. **Ursachen der Lohndiskriminierung von Frauen**
2. **Widerspiegelung der Diskriminierung in Tarifverträgen**
3. **Konfliktlinien bei der Umsetzung bestehender Tarifverträge**
   - *3.1 Bewertung und Einstufung von Tätigkeiten, die vorwiegend von Frauen ausgeführt werden*
   - *3.2 Eingruppierungssysteme in den regionalen Tarifgebieten der Metallindustrie*
     - 3.2.1 Eingruppierungssystem mit einer Leichtlohngruppe (Lohnrahmenabkommen Nordrhein-Westfalen)
     - 3.2.2 Eingruppierungssystem mit Belastungsstufen (Manteltarifvertrag Bayern)
     - 3.2.3 Eingruppierungssystem ohne Berücksichtigung der Belastung (Mantel- und Lohntarifvertrag Niedersachsen)
     - 3.2.4 Analytische Arbeitsbewertung (Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag I Nordwürttemberg/Nordbaden)
   - *3.3 Schlußfolgerungen*
4. **Gewerkschaftliche Höhergruppierungsaktionen**
5. **Tarifpolitische Perspektiven zum Abbau der Lohndiskriminierung von Frauen**

1. Ursachen der Lohndiskriminierung von Frauen

Die Lohndiskriminierung von Frauen ist wesentlich der kapitalistischen, industriellen Produktionsweise verbunden. Zwar hat es auch in der Sklavenhalter- und Feudalgesellschaft eine ökonomische Unterbewertung der Frauenarbeit gegeben. Diese ist jedoch nicht so offen zu Tage getreten, wie es mit dem Aufkommen des Kapitalismus und der Einbeziehung der Frauen in die Fabrikarbeit festzustellen ist. Erst als gesellschaftliche Strukturzusammenhänge sich verändern, Produktion und Reproduktion auseinanderfallen, bekommt die Familie eine qualitativ andere Stellung im Reproduktionsprozeß. Das doppelt freie Lohnarbeiterverhältnis bedeutet für die Frau, daß sie ebenfalls in das kapitalistische Produktionsverhältnis als eine persönlich freie, nicht mehr über den Mann vermittelte Arbeitskraft eintritt. Ihre Arbeit ist wieder direkt mit der gesellschaftlichen Produktion verbunden[2]). Die kapitalistische Produktionsweise brachte die typische Trennung von Produktion und Reproduktion – von bezahlter abhängiger Arbeit außer Haus und privat geleisteter, unbezahlter Familienarbeit im Haus – hervor.

Diese Situation führte in der Arbeiterbewegung frühzeitig zu widersprüchlichen, ja gegensätzlichen Einschätzungen zur Frauenarbeit. Noch 1867 sprach sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) prinzipiell gegen weibliche Erwerbstätigkeit aus, da diese für das Elend des Proletariats mitverantwortlich sei[3]). Demgegenüber haben vor allem Bebel und Zetkin auf die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit für den Emanzipationsprozeß der Frauen hingewiesen[4]).

*) GewerkschaftssekretärInnen IG Metall, München, Frankfurt, Hannover, Stuttgart.

[1]) Der Schwerpunkt dieses Beitrages liegt auf der Diskriminierung von Arbeiterinnen bei der Anwendung tariflicher Eingruppierungssysteme. Der Bereich der Angestellten wird ebenso ausgeklammert wie die Diskriminierung bei anderen Entgeltbestandteilen (Zulagen etc.). Zum letztgenannten Aspekt vgl. *Pfarr, H., Bertelsmann, K.*, Diskriminierung im Erwerbsleben, Baden-Baden 1989, S. 307 ff.

[2]) IMSF, Emanzipation in der Krise?, Informationsbericht 43, Frankfurt 1985.

[3]) *Hervé, F.* Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Köln 1983, S. 22.

[4]) *Bebel, A.*, Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1973, S. 267, sowie *Zetkin, C.*, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Frankfurt 1979, S. 61.